

Sehr geehrte Damen und Herren,

Niederösterreich, Tschechien, die Slowakei und Westungarn sind von der Erweiterung der Union besonders stark betroffen. Dies bedeutet für die Regionen eine gewaltige Herausforderung. Durch die Intensivierung von grenzüberschreitenden Kontakten und den Aufbau gemeinsamer Kooperationen sollen die Chancen, die sich daraus ergeben, offensiv genutzt werden.

Das EUREGIO forum unterstützt und fördert deshalb die Zusammenarbeit durch die Bereitstellung von geeigneten Informationen, Kontakten und Hintergrundberichten. Zu diesem Zweck wollen wir Sie alle 6 bis 8 Wochen mit einem Newsletter über grenzüberschreitende Aktivitäten informieren. Wir haben dabei unser Augenmerk bewusst auf die Entwicklungen in den Grenzregionen gerichtet.

Bei dieser Ausgabe handelt es sich um eine Probeversion, die in Zukunft noch mit Informationen aus der Tschechischen und Slowakischen Republik angereichert wird. Auf der Homepage des EUREGIO forums ([www.euregioforum.at](http://www.euregioforum.at)) werden Sie sich Ihren persönlichen Newsletter zusammenstellen können.

Das EUREGIO forum wünscht Ihnen eine interessante Lektüre.

POLITIK.....	4
<i>Treffen der mitteleuropäischen Innenminister in Laibach</i> .....	4
ÖSTERREICH .....	4
<i>Slowakischer Ministerpräsident in St. Pölten</i> .....	4
<i>Verzetitsch: Übergangsfristen bei EU-Erweiterung zielgerichtet nützen</i> .....	4
<i>NÖ Landtag: Gute Kontakte zu Veszprém</i> .....	5
<i>Aktiver Landesbeauftragter für die EU-Erweiterung</i> .....	5
<i>Landesbeauftragter für die EU-Erweiterung:</i> .....	6
UNGARN .....	6
<i>Keine Erweiterung der "Visegrád"-Staaten geplant</i> .....	6
<i>Ungarn stoppt Grund-Ausverkauf</i> .....	7
<i>Ungarn: Abschluss der Beitrittsverhandlungen 2002</i> .....	7
<i>Besuch einer Delegation des ungarischen EU-Ausschusses</i> .....	7
<i>Orbán hofft auf Hilfe der Donaustaaten</i> .....	8
<i>Orbán will Auslands-Ungarn heim ins Land holen</i> .....	8
LANDWIRTSCHAFT .....	10
ÖSTERREICH .....	10
<i>Schwarzböck: Rasche Dürre-Hilfe aus Katastrophenfonds notwendig Maßnahmen gegen</i> <i>Konjunkturabschwächung:</i> .....	10
<i>EU-Kommissar Franz Fischlers Visionen einer neuen Landwirtschaft</i> .....	11
UNGARN .....	11
<i>Super-Kartoffel aus Ungarn</i> .....	11
<i>Ungarisches Graurind wird Hoffnungsträger für den Speisezettel</i> .....	12
HUMANRESSOURCEN .....	13
ÖSTERREICH .....	13
<i>EUREGIO-Tagung in Poysdorf</i> .....	13
<i>Erste Runde des EUREGIO-Jugendparlaments in Breclav</i> .....	13
<i>Grenzgänger- und Praktikantenabkommen Österreich – Tschechische Republik unterzeichnet</i> .....	14
<i>Neues Sozialversicherungsabkommen mit Tschechien</i> .....	15
SLOWAKEI .....	15
<i>Erster TV-Nachrichtenkanal in der Slowakei</i> .....	15
UNGARN .....	15
<i>Österreichisch-ungarisches Forschungszentrum geplant</i> .....	15
EU-FÖRDERPROGRAMME .....	16
ÖSTERREICH .....	16
<i>Grenzüberschreitende Zusammenarbeit wird fortgesetzt</i> .....	16
<i>Regionalisierungsmittel für Groß-Siegharts</i> .....	16
<i>INTERREG - Projekt "Euregio Forum Niederösterreich" beschlossen</i> .....	17
<i>Fördermöglichkeiten durch das EU-LEADER+ Programm</i> .....	17
<i>Chinesische Medizin, Weinstraße, Kultursponsoring</i> .....	18
<i>2. Ausbaustufe und Zusatzinfrastruktur beim RIZ NÖ Nord</i> .....	18
<i>Für Kleinprojektfonds 2001 im Rahmen von INTERREG</i> .....	18
<i>Beschlüsse der NÖ Landesregierung: Kleinprojektfonds</i> .....	19
<i>Leader+ Programm genehmigt</i> .....	19
UNGARN .....	20
<i>EU: Neue Fördergelder</i> .....	20
<i>Integrationshilfe aus Brüssel: EU gibt 22 Milliarden Forint</i> .....	20
VERKEHR .....	21
ÖSTERREICH .....	21
<i>Airport-Fusion zwischen Wien-Schwechat und Bratislava</i> .....	21
<i>Wirtschaft fordert Ausbau der Verkehrswege zu den östlichen Nachbarstaaten</i> .....	21
<i>Forstinger: Regionalkonferenz mit Verkehrsministern der EU-Beitrittskandidaten</i> .....	22
SLOWAKEI .....	23
<i>Brücke zwischen Sturovo und Esztergom nach 50 Jahren wieder eröffnet</i> .....	23
UNGARN .....	23
<i>Bis 2015 sind 2150 Kilometer neue Schnellstraßen geplant</i> .....	23

<i>Siemens erhält Auftrag über 15 Hochleistungslokomotiven aus Ungarn</i> .....	23
<i>Ungarn lässt EU Milliarden liegen</i> .....	24
<i>Gelder für Verkehrsinvestitionen</i> .....	24
UMWELT .....	25
ÖSTERREICH .....	25
<i>Länderübergreifendes Projekt zur Luftreinhaltung</i> .....	25
<i>In Hainburg wird Nationalpark-Station errichtet</i> .....	25
<i>Österreich, Tschechien und Slowakei wollen March und Thaya gemeinsam schützen</i> .....	26
<i>Tschechisch-NÖ Energie-Diskussion in Waidhofen an der Thaya</i> .....	26
<i>NÖ-weite Umfrage zum Thema Umweltschutz</i> .....	27
<i>Nationalpark Thayatal auf Erfolgskurs</i> .....	27
SLOWAKEI .....	28
<i>Slowakei Mitglied der EEA</i> .....	28
UNGARN .....	28
<i>Kampf gegen illegale Müllablagerung</i> .....	28
<i>Frischer Wind für Ungarns Umwelt</i> .....	28
WIRTSCHAFT .....	29
ÖSTERREICH .....	29
<i>Österreichs Neuinvestitionen erreichten in Osteuropa im Jahr 2000 Rekordwert</i> .....	29
<i>EU-Osterweiterung: Diskrepanz zwischen tatsächlicher und öffentlicher Meinung</i> .....	29
<i>Ungarn wichtigster Partner</i> .....	30
TSCHECHIEN .....	30
<i>Telekom investiert in Osteuropa</i> .....	30
SLOWAKEI .....	30
<i>Slowakei präsentiert ambitionierten EU-Beitrittszeitplan und positive Wirtschaftsdaten</i> .....	30
<i>Siemens in der Slowakei der Korruption verdächtig</i> .....	31
UNGARN .....	31
<i>Ung. Strommarkt soll ab 2003 liberalisiert werden</i> .....	31
<i>General Electric eröffnet neues Gasturbinen-Werk in Ungarn</i> .....	31
<i>Logistik - Bruhn und Papp gründen Joint Venture in Ungarn</i> .....	31
<i>Philips lagert Bau von Videorekordern aus</i> .....	32
<i>Sony beginnt DVD- Produktion in Ungarn</i> .....	32
<i>Dänemark öffnet Arbeitsmarkt für Ungarn sofort</i> .....	32
Regionalentwicklung.....	33
ÖSTERREICH .....	33
<i>Wien auf dem Weg zur Europaregion</i> .....	33
<i>Knoten Kompetenz</i> .....	34
<i>Transeuropäische Transporte</i> .....	34
<i>Grenzüberschreitendes Impulszentrum Bruck an der Leitha</i> .....	34
<i>EREG: Eigenständige Regionalentwicklung im Grenzraum</i> .....	35
UNGARN .....	35
<i>Ungarische und österreichische Städte wollen kooperieren</i> .....	35
Tourismus.....	36
ÖSTERREICH .....	36
<i>Nationalpark Thayatal bekommt Nationalpark-Zentrum</i> .....	36

---

# POLITIK

## **Treffen der mitteleuropäischen Innenminister in Laibach**

Mehr Kooperation bei Illegalen

Die Innenminister Mitteleuropas sind in Laibach zu einem eintägigen Treffen zusammengekommen, um über Fragen illegaler Einwanderung zu diskutieren. Neben Minister Ernst Strasser nahmen seine Amtskollegen Claudio Scajola (Italien), Sime Lucin (Kroatien), Sandor Pinter (Ungarn) und Rado Bohinc (Slowenien) sowie der Belgier Antoine Duquesne als Vertreter der EU-Präsidentschaft an der Konferenz teil.

Durch die jüngste Entwicklung nach den Terroranschlägen in den USA hatte die bereits seit längerer Zeit geplante Konferenz an zusätzlicher Bedeutung gewonnen. Die sechs Minister sollten den gegenwärtigen Stand der Dinge auf dem Gebiet der illegalen Einwanderung und über die Möglichkeiten noch engerer gegenseitigen Zusammenarbeit erörtern.

Die Visums-Politik einzelner Staaten soll vereinheitlicht und den EU-Normen angepasst werden. Zudem sollte über dringende Maßnahmen auf staatlicher, zwischenstaatlicher und der EU-Ebene gesprochen werden. Es handle sich um den intensiveren Datenaustausch, enge Zusammenarbeit zwischen den Asyl- und Polizeiorganen und um eine wirkungsvollere Benützung bereits bestehender Instrumente. Abschließend sollte eine gemeinsame Erklärung über konkrete gemeinsame Maßnahmen in der Migrationspolitik unterzeichnet werden.

(Quelle: www.wienerzeitung.at , 02.10.2001)

## **Österreich**

### **Slowakischer Ministerpräsident in St. Pölten**

Pröll: Bau der Spange Kittsee wird vorgezogen

St. Pölten (NLK) - Der Bau der Strassenspange Kittsee mit der Verbindung zwischen der österreichischen Ostautobahn und der slowakischen Republik soll nicht, wie geplant, im Jahr 2006 sondern 2003 begonnen werden. Das kündigte Landeshauptmann Dr. Erwin Pröll heute in St. Pölten anlässlich eines Treffens mit den slowakischen Ministerpräsidenten Mikulas Dzurinda an. Eine optimale Verkehrsinfrastruktur sei eine wichtige Voraussetzung für eine gute wirtschaftliche Entwicklung und damit auch für den Erfolg der EU-Erweiterung. Daher müsse auch der öffentliche Verkehr zwischen Wien und Bratislava einschließlich des Marchegger Astes forciert werden.

Pröll gratulierte seinem slowakischen Gast zu der guten wirtschaftlichen und stabilen politischen Entwicklung in der Slowakei, die heute für Niederösterreich eine kalkulierbarer gut nachbarschaftlicher Partner sei. Derzeit werde ein weiteres gemeinsames Arbeitsprogramm Slowakei-Niederösterreich vorbereitet, es soll Anfang 2002 in Bratislava unterzeichnet werden. Der Landeshauptmann informiert Dzurinda auch über die positive Stimmung zur EU-Erweiterung in Niederösterreich.

Ministerpräsident Dzurinda verwies auf die gute Zusammenarbeit zwischen der Slowakei und Niederösterreich und auf die freundschaftlichen Beziehungen zum Landeshauptmann. Es sei für ihn eine Selbstverständlichkeit gewesen, im Rahmen seines Österreich-Besuches auch in die Landeshauptstadt St. Pölten zu kommen. Die slowakische Republik habe mit dem Beschluss dem Kompetenzgesetzes vor wenigen Tagen auch Gebietskörperschaften mit Selbstverwaltung geschaffen. Damit werde Niederösterreich ab nächstem Jahr auch natürliche Partner für die regionale grenzüberschreitende Zusammenarbeit vorfinden.

(Quelle: OTS Presseaussendung, 28. Sept. 2001)

### **Verzetnitsch: Übergangsfristen bei EU-Erweiterung zielgerichtet nützen**

Grenzüberschreitende Kooperation ist wichtiger Beitrag zu erfolgreicher Erweiterung

Budapest (ÖGB). "Die Gewerkschaften müssen die von der EU-Kommission vorgeschlagenen Fristen bei der Arbeitnehmerfreizügigkeit zielgerichtet nützen und in Regionen und Branchen konkrete Vorbereitungen auf die EU-Erweiterung treffen. Nur dadurch können Gefahren und Ängste abgebaut

werden", stellte ÖGB- und EGB-Präsident Fritz Verzetnitsch heute bei einem Treffen mit den Spitzen der Gewerkschaften aus Polen, Tschechien, Slowakei, Slowenien und Ungarn in Budapest fest.

Verzetnitsch: "Im Erweiterungsprozess geht es vor allem um Arbeit und soziale Sicherheit in allen betroffenen Ländern. Das kann nur gelingen, wenn die Gewerkschaften von den Regierungen verstärkt in den Beitrittsprozess eingebunden sind - und das nicht nur formal. Umgekehrt müssen sich die Gewerkschaften stärker in Wirtschaft und Arbeitsmarkt einmischen, um vor allem die Entwicklung in den Grenzgebieten zu einer 'win-win'-Situation zu gestalten."

Als Beispiel nannte der ÖGB-Präsident die guten österreichischen Erfahrungen mit Arbeitsstiftungen, z.B. im Speditionsbereich. Er hofft, dass dieses Modell auch in den beitriftswilligen Staaten Anwendung finden werde. Die verstärkte grenzüberschreitende Zusammenarbeit zwischen Regionen und Branchen sowie zwischen den Gewerkschaften sei der Schlüssel für eine erfolgreiche Erweiterung. Verzetnitsch: "Dazu zählt auch die Zusammenarbeit aller Sozialpartner."

Der ÖGB-Präsident abschließend: "Die europäische Integration bleibt das größte Friedensprojekt, wenn es den Menschen Arbeit und soziale Sicherheit gewährleistet."

(Quelle: OTS Presseaussendung, 28. Sept. 2001)

### **NÖ Landtag: Gute Kontakte zu Veszprém**

Ungarische Abgeordnete besuchen Mistelbach

St.Pölten (NLK) - Im Zuge der traditionellen freundschaftlichen Kontakte zwischen der Versammlung des ungarischen Komitates Veszprém und dem NÖ Landtag besucht heute und morgen eine Delegation der Komitatsversammlung unter der Führung ihres Präsidenten Csaba Kuti Niederösterreich. Auf Seiten Niederösterreichs nehmen die drei Präsidenten des Landtages, Mag. Edmund Freibauer, Emil Schabl und Ing. Johann Penz sowie Vertreter der Landtagsfraktionen an dem Treffen teil, das diesmal in Mistelbach stattfindet. Die Gäste aus Ungarn werden auch Einrichtungen der Bezirksstadt Mistelbach und unter anderem auch die Landwirtschaftliche Schule in Mistelbach besuchen.

In den Arbeitsgesprächen zwischen dem NÖ Landtag und der Komitatsversammlung von Veszprém geht es vor allem um den Stand der EU-Beitrittsverhandlungen mit Ungarn, die regionale Zusammenarbeit und einen Bericht der ungarischen Gäste über Aufbau und Tätigkeit der Institutionen der Gebietsentwicklung Ungarns.

(Quelle: OTS Presseaussendung, 24. Sept. 2001)

### **Aktiver Landesbeauftragter für die EU-Erweiterung**

LH Pröll: Ehrliche Information über Chancen und Risiken

Eine ehrliche Information über die Chancen und Risiken der EU-Erweiterung ist ein Recht der Landesbürger, das beste Gegenmittel gegen falsche Behauptungen und Grundlage für künftigen Nutzen, betonte Landeshauptmann Dr. Erwin Pröll am Sonntag in der Radiosendung „Forum Niederösterreich“, in der sich auch der neu bestellte Landesbeauftragte für die EU-Erweiterung, Dr. Gerhard Silberbauer, vorstellte. Dieser bringe, so Pröll, für seine neue Funktion sehr viel Fachwissen und Engagement mit.

Auch Dr. Silberbauer bezeichnete die Informationstätigkeit als wichtigen Schwerpunkt seiner Arbeit, wobei er besonders auch auf das vom Landeshauptmann initiierte Fitnessprogramm für Niederösterreich verwies. Konkret habe er bereits mit allen Bezirkshauptmannschaften Kontakt aufgenommen, um zu den nächsten Bürgermeisterkonferenzen eingeladen zu werden. Er will sich dabei vor allem für das Zustandekommen grenzüberschreitender Partnerschaften zwischen Gemeinden, Schulen, Pfarren usw. einsetzen. Auch der Aufbau einer Terminkoordinationsbörse wurde bereits in Angriff genommen.

Landeshauptmann Dr. Pröll betonte, dass in Niederösterreich die Erweiterungs-Befürworter überwiegen, das sei auch die Folge einer realistischen Einschätzung und einer klaren Linie: „Auf der einen Seite bereiten wir uns optimal auf die Erweiterung vor, etwa durch das Fitnessprogramm, auf der anderen diskutieren wir die Chancen und Risiken auf breiter Ebene.“ Es gehe nicht darum, Euphorie zu wecken oder Ängste zu schüren, sondern darum, den Tatsachen ins Auge zu sehen und in einer Welt der rasanten Veränderung ohne Scheuklappen in die Zukunft zu gehen.

(Quelle: 3. September 2001 – NLK)

## **Landesbeauftragter für die EU-Erweiterung:**

Dr. Silberbauer nimmt Tätigkeit auf

St.Pölten (NLK) - Als Leiter der Gruppe Raumordnung und Umwelt sowie der Abteilung Raumordnung und Regionalpolitik des Amtes der NÖ Landesregierung ist er in den Ruhestand getreten, als neu bestellter Landesbeauftragter für die EU-Erweiterung legt er sich voll ins Zeug: Hofrat Dr. Gerhard Silberbauer wird morgen, Donnerstag, 23. August, seinen ersten "Auftritt" in seiner neuen Funktion absolvieren, nämlich in Raabs an der Thaya bei einem Round Table-Gespräch im Rahmen der Tagung "Minoritäten in der Festung Europa" der Waldviertelakademie.

Für seine neue Aufgabe hat sich Dr. Silberbauer viel vorgenommen, wobei er vor allem drei Schwerpunkte nennt: Information, Koordination und Hilfestellung bzw. Vermittlung bei Problemen. Er will möglichst rasch enge Kontakte zu allen zuständigen Stellen der Europäischen Union, des Bundes und des Landes, aber auch zu Institutionen in Tschechien, der Slowakei und in Ungarn knüpfen. In die Informationsbeschaffung soll das NÖ Verbindungsbüro in Brüssel ebenso eingebunden werden wie das Europa-Referat des Landes, die Raumordnungsabteilung und die Medien. Vorhandene Studien sollen ausgewertet werden, wenn nötig will Dr. Silberbauer auch neue Untersuchungen initiieren. Die diversen Projekte, etwa im Rahmen von INTERREG, NÖ Fitnessprogramm usw. sollen ausführlich dokumentiert werden.

Ganz konkret will der Erweiterungsbeauftragte in nächster Zeit eine rege Vortragstätigkeit entfalten, nicht zuletzt, um Vorurteile bei wichtigen Zielgruppen abzubauen. So hat er sich vorgenommen, bei Bürgermeisterkonferenzen für grenzüberschreitende Gemeindeparterschaften zu werben, will aber auch Kontakte zwischen Schulen, Pfarren, Dorf- und Stadterneuerern usw. fördern. Dazu stellt er sich gerne für Diskussionsveranstaltungen in Schulen oder in Einrichtungen der Erwachsenenbildung zur Verfügung.

Zur Verbesserung der Koordination schwebt Dr. Silberbauer die Einrichtung eines Jour fixe zur EU-Erweiterung sowie eines Veranstaltungskalenders und einer Terminkoordination über Internet vor. Defizite und Probleme, aber auch Chancen sollen analysiert werden, wobei der Landesbeauftragte eine Vermittlerfunktion zwischen jenen, die Probleme haben, und jenen, die Lösungen anzubieten haben, übernehmen kann.

(Quelle: OTS Presseausendung, 22. Aug. 2001)

## **Ungarn**

### **Keine Erweiterung der "Visegrád"-Staaten geplant**

Die "Visegrád"-Staaten, also Polen, Tschechien, Slowakei und Ungarn, wollen keine neuen Mitglieder aufnehmen.

Es bleibt beim "politischen Quartett". Die Ministerpräsidenten der einstigen Ostblockstaaten und jetzigen EU-Kandidatenländer - Polen, die Tschechische Republik, die Slowakei und Ungarn - kamen am Wochenende bei ihrem "informellen Treffen" in Ungarn überein, ihr formales Bündnis nicht durch weitere Beitrittswillige zu erweitern. Bei dem Treffen in Tihany am Plattensee sind, wie es nach Abschluß der Gespräche hieß, primär "Fragen der euro-atlantischen Integration" - also die Erweiterung der Nato durch die Slowakei und andere Staaten - behandelt worden.

Die Preßburger Regierungskrise (siehe Bericht oben) sei offiziell nicht behandelt worden. Entgegen ursprünglichen Ankündigungen kam es auch nicht zu einem Vier-Augen-Gespräch zwischen Orbán und dem slowakischen Ministerpräsident Dzurinda. Dieser wollte über die sogenannten Status-Gesetze sprechen, die der ungarischen Minderheit in den Nachbarländern in Ungarn Vergünstigungen wie Universitäts-Besuch, Arbeitsmöglichkeiten, Sozialleistungen zugestehen. Die Gesetze stießen in Rumänien (1,6 Millionen Ungarn) und der Slowakei (550.000 Ungarn) auf Kritik.

Nach Abschluß der Gespräche kündigte Ungarns Premier Viktor Orbán, der seit Sommerbeginn auf ein Jahr den Vorsitz führt, an, "die Lösung der infrastrukturellen Probleme" stehe im Mittelpunkt seiner Aufgaben.

Die nach dem Zerfall des Ostblocks vom damaligen konservativen, ungarischen Premier József Antall als "Visegrád"-Bund ins Leben gerufene, lose politisch-wirtschaftliche Vereinigung soll die Zusammenarbeit der Regierungen in den vier Staaten auf allen Gebieten koordinieren.

(Quelle: www.bz.hu , 29. Sept. 2001)

## **Ungarn stoppt Grund-Ausverkauf**

„Aktion scharf“ gegen illegale Verkäufe an Ausländer / Staat kauft zurück

Wenn wir auf die Straße hinausgehen, befinden wir uns so gut wie auf österreichischem Boden“, klagt Bürgermeister Laszlo Forintos im westungarischen Bardudvarnok. Laut Premier Orbans Schätzung sind rund 60.000 Hektar Ackerland in illegalem Besitz von Ausländern - überwiegend Österreichern. Er kündigte eine Offensive gegen die „österreichische Misswirtschaft mit den Taschenverträgen“ an, die in diesen Tagen anläuft.

Hinter vorgehaltener Hand ist die Rede von bis zu 500.000 ha Grund in illegalem ausländischen Besitz. Agrarminister Andras Vonza hält rund 200.000 ha für realistisch. Er glaubt, einmal auch selber ein „Corpus delicti“ gesehen zu haben: Einen Bodenkaufvertrag ohne Datum, der bis zur Aufhebung des Kaufverbots für Ausländer in der Tasche des Käufers (Taschenvertrag, d. Red.) bleibt. Für die Behörden wird der Kauf- als Pachtvertrag getarnt.

Gerüchten zufolge hätte bei den schwarzen Geschäften auch die Mafia mitgemischt. „Ausschließen kann ich auch das nicht bei diesem Dschungel, in dem wir vielleicht nie zu einer ganz klaren Übersicht kommen“, meint der Minister. „Denn die Anrufer, die sich nach Details unseres Sonderangebots ‚für einen anderen‘ erkundigen, binden uns nicht auf die Nase, ob sie selbst einen Taschenvertrag geschlossen haben.“

Angeboten wird vom Staat der Ankauf von Ackerland, das der heimische Landwirt nicht selbst bebauen will und deshalb - oder aus Geldnot - einem Ausländer zum Spottpreis verkauft hat. Vonza: „Wir bieten ihm mehr. Er soll nicht durch staatliche Gewalt, sondern durch ökonomische Mittel zur Auflösung seiner schwarzen Geschäfte bewegt werden.“ Wobei als springender Punkt - und Anlass für das Kaufverbot für Ausländer - die aktuellen Bodenpreise gelten. Sie machen in Ungarn, wo es jahrzehntelang keinen Handel mit Ackerland gab, einen Bruchteil der westlichen Preise aus. „Schon der Auftritt des ersten inländischen Käufers, des Staates, auf dem Markt hat leichte Preissteigerungen bewirkt“, freut sich Vonza.

Mit dem angekauften Boden soll ein „Nationaler Bodenfonds“ heimische Klein- und Mittelbetriebe fördern. Die Geschäfte mit den „Taschenverträgen“ gelten als „ein für allemal nichtig“, die Vertragspartner haben sich über Preisrückzahlung und eventuelle Vergütung von Investitionskosten des „Käufers“ zu einigen oder vor Gericht zu gehen. „Strafrechtliche Folgen brauchen die Ausländer, die ja bewusst gegen das Gesetz des Landes verstoßen haben, nicht zu befürchten“, beruhigt der Minister. „Überhaupt nicht betroffen sind diejenigen, die ihren Grund noch vor In-Kraft-Treten des Verbotsgesetzes 1994 erworben haben.“

Eine Hexenjagd werde es nicht einmal gegen die Gesetzesbrecher geben. Dafür allerdings verschärfte Kontrolle der nach wie vor gültigen Pachtverträge - 3000 werden gerade wegen Verdachtsmomenten von der Staatsanwaltschaft geprüft - und über Bodenbenützung, hört man aus dem Justizministerium. Das Bodengesetz soll demnächst im Parlament entsprechend novelliert und „kompromisslos“ angewendet werden.

Quelle: [www.kurier.at](http://www.kurier.at), 27. Sept. 2001)

## **Ungarn: Abschluss der Beitrittsverhandlungen 2002**

Ungarn will 2002 die Verhandlungen mit der EU über einen Beitritt abschließen. Das betonte Außenminister Janos Martonyi am Dienstag bei der Eröffnung der neuen Botschaft in Berlin. Sein deutscher Amtskollege Joschka Fischer (Grü-ne) sagte Unterstützung zu. In Anwesenheit des ungarischen Ministerpräsidenten Viktor Orban unterstrich Martonyi, sein Land habe bereits "wesentliche Fortschritte" mit Blick auf die Integration in die EU erzielt.

(Quelle. [www.salzburg.com](http://www.salzburg.com), 23. September 2001)

## **Besuch einer Delegation des ungarischen EU-Ausschusses**

Österreichische Parlamentarier einig: Ungarn gehört in die EU

Wien (PK) - Eine Delegation des EU-Ausschusses der ungarischen Nationalversammlung mit Ausschussvorsitzendem Laszlo Juhez an der Spitze besuchte heute das Parlament und traf mit österreichischen Abgeordnetenkollegen zu einem Meinungsaustausch zusammen. Geleitet wurde die Unterredung abwechselnd vom Dritten Präsidenten des Nationalrates Werner Fasslabend und vom Vorsitzenden des Außenpolitischen Ausschusses Peter Schieder.

Zentrales Gesprächsthema war der aktuelle Stand der Verhandlungen für einen Beitritt Ungarns zur Europäischen Union. Ausschussvorsitzender Juhez informierte die österreichischen Abgeordneten über die Fortschritte, die im letzten halben Jahr in einigen sehr schwierigen und für die bilateralen

Beziehungen mit Österreich wichtigen Kapiteln erzielt werden konnten. Er nannte den freien Kapitalverkehr, den Grunderwerb durch Ausländer und den aus seiner Sicht guten Kompromiss, zu dem man in der Frage der Freizügigkeit der Arbeitskräfte gelangen konnte. Schwere Aufgaben sahen die ungarischen Gäste noch in den Bereichen Verkehr sowie Innen- und Außenpolitik, gaben aber ihrer Hoffnung Ausdruck, auch diese Kapitel noch unter belgischem Vorsitz erledigen zu können. "Wir stehen kurz vor dem Abschluss der Beitrittsverhandlungen, sagte der Vorsitzende des ungarischen EU-Ausschusses und richtete die Bitte an das österreichische Parlament, den EU-Beitrittsvertrag mit Ungarn rasch zu ratifizieren. Zum Ergebnis des EU-Gipfels von Nizza sagte Juhesz, Ungarn habe diesen Vertrag sehr begrüßt, warb zugleich aber um Verständnis dafür, dass Ungarn nicht 20, sondern 22 Abgeordnetensitze im Europäischen Parlament beanspruche.

Abgeordneter Peter Schieder (SP) brachte die übereinstimmende Auffassung der österreichischen Abgeordneten zum Ausdruck, wenn er sagte: "Es besteht kein Zweifel, dass Ungarn in die Europäische Union gehört." Unisono mit Abgeordneter Maria Rauch-Kallat (V) gratulierte Schieder den ungarischen Gästen zu den Reformen, die ihr Land in den letzten Jahren herbeigeführt hat und würdigte die rasche Vorlage der Verhandlungspapiere, sodass der Zeitplan bei den Verhandlungen gut eingehalten werden konnte. Kleine Probleme sah Abgeordneter Schieder noch bei der Vertretung der Oppositionsparteien in den öffentlichen Medien und beim sogenannten Statusgesetz zur Unterstützung von Ungarn, die im Ausland leben. Die an sich gute Idee, Wissenschaft und Kultur zu fördern, sei so durchgeführt worden, dass sie in Europa schlecht aufgenommen wurde. Schieder bezeichnete es als ein europäisches Anliegen, dafür zu sorgen, dass sich die Angehörigen von Minderheiten nirgends als Bürger zweiter Klasse fühlen.

Abgeordnete Madeleine Petrovic (G) unterstrich die breite Einigkeit zwischen den Parteien für einen EU-Beitritt der österreichischen Nachbarländer und sah keinen Grund für die Befürchtung, dass sich viele Menschen nach einem EU-Beitritt auf die Reise in den Westen machen werden. Die Grünen begrüßen die Fortsetzung des Integrationsprozesses, hätten in Nizza aber andere Prioritäten gesetzt, namentlich für eine Aufwertung der Sozial- und Umweltpolitik in Europa. Ihre Detailfragen im Gespräch mit den ungarischen Gästen betrafen die Flüchtlingspolitik, die Ozon-Problematik, die Abfallwirtschaft und das Kernkraftwerk Pecs.

Abgeordnete Rauch-Kallat (V) bewunderte die wirtschaftliche Entwicklung Ungarns während der letzten Jahre und sah das Nachbarland unter den Beitrittskandidaten weit vorne liegen. "Ungarn ist auf dem Sprung - die Erweiterung wird stattfinden", zeigte sich die Abgeordnete überzeugt. Im Einzelnen befasste sie sich mit Fragen der Grenzsicherung und verlangte europäische Sicherheitsstandards beim AKW Pecs.

Auch Abgeordneter Anton Wattaal (F) sah einem EU-Beitritt des Nachbarlandes, das mit Österreich vielfache Verbindungen habe, mit Freude entgegen, sobald es die europäischen Standards in den Bereichen Sozialpolitik, Umwelt und Sicherheit erfüllt. Schwierigkeiten ortete der Abgeordnete in den Bereichen Verkehr und Transit und sprach sich dafür aus, diese Probleme gemeinsam zu lösen.

Für einen heiteren Ausklang des intensiven Gedankenaustauschs sorgte Ausschussvorsitzender Schieder, der beim Thema Grenzen im gemeinsamen Europa anmerkte: "Ob man sich auf der Fahrt von Österreich nach Ungarn noch in Österreich befindet oder schon in Ungarn, erkennt man an den Lokalen und Geschäften: In Österreich tragen sie ungarische, in Ungarn deutsche Aufschriften - und das ist gut so".

(Quelle: OTS Presseaussendung, 17. Sept. 2001)

### **Orbán hofft auf Hilfe der Donaustaaten**

Ministerpräsident Viktor Orbán hat vergangene Woche an einem Donau-Gipfel im österreichischen Stift Melk teilgenommen. Mit den Ministerpräsidenten Bayerns und Baden-Württembergs, Edmund Stoiber (CSU) und Erwin Teufel (CDU), sowie dem österreichischen Bundeskanzler Wolfgang Schüssel (ÖVP) diskutierte er die EU-Beitrittsverhandlungen. Er gab seine Hoffnung zum Ausdruck, mehr Unterstützung zu erhalten. Zudem trat Orbán am vergangenen Dienstag bei einer Diskussion des Bürgerländer "Europäischen Forums" in Eisenstadt auf, wo das gleiche Thema zur Debatte stand. (Quelle: www.bz.hu , 10. Sept. 2001)

### **Orbán will Auslands-Ungarn heim ins Land holen**



Ungarn könnte bald auf einen Import von Arbeitskräften angewiesen sein. Das ist die Folge der raschen wirtschaftlichen Entwicklung. Für diesen Wachstumshunger würde die annähernd vier Millionen Personen starke ungarische Volksgruppe in den Nachbarländern eine mögliche Reserve bieten. Das erklärte Ministerpräsident Viktor Orbán bei einem Lunch des Kammerverbandes AmCham, der vor allem in Ungarn tätige amerikanische Unternehmen umfasst.

Trotz verlockender Angebote würden die ungarischen IT-Fachkräfte nicht massenhaft nach dem Westen abwandern, betonte Orbán und begründete diesen Umstand mit den vergleichbaren Verdienstmöglichkeiten, sowie den grösseren intellektuellen Herausforderungen bei der Arbeit im Heimatland.

Bei entsprechenden Konditionen soll den Ungarn jedoch nicht ausdrücklich nahegelegt werden, dass ihr Platz in ihrer Heimat sei, führte der Fidesz-Ministerpräsident weiter aus. Um den eventuellen Mangel an den benötigten Arbeitskräften auszugleichen, sei Ungarn künftig bereit, die Regeln der Einwanderung zu ändern oder in bestimmten Fällen sogar eine positive Diskriminierung einzuleiten – das heißt im Klartext, dass Ungarn doch der Vorzug im Falle der gewünschten Einwanderung gegeben werden solle.

(Quelle: [www.bz.hu](http://www.bz.hu))

---

# LANDWIRTSCHAFT

## Österreich

### **Schwarzböck: Rasche Dürre-Hilfe aus Katastrophenfonds notwendig Maßnahmen gegen Konjunkturabschwächung:**

Biomasse schafft 65.000 Arbeitsplätze

Wien (AIZ). - "Die Trockenheit der letzten Monate hat für die Rinderbauern vor allem im Osten und Südosten Österreichs massive Ernteeinbußen mit sich gebracht. Sie sind damit ein weiteres Mal von schweren Einkommensverlusten betroffen: Die europäische BSE-Krise hat die Rinderpreise auch in Österreich, das nach wie vor BSE-frei ist, ganz nach unten gedrückt und nun folgt mit der lang anhaltenden Trockenheit der nächste Schlag. Die Grünland- und Feldfuttererträge lagen weit unter den Vorjahresergebnissen. Heute müssen Bauern wegen des Futtermangels bereits Tiere verkaufen, was einen weiteren Preisdruck zur Folge hat. Manche verfüttern schon jetzt das für den Winter vorgesehene Futter. Die Landwirtschaftskammern haben bereits mit Hilfsmaßnahmen, wie Futtermittelbörsen, reagiert. Nun erwarten wir uns angesichts der enormen Schäden dringend Unterstützung für diese Bauern aus dem Katastrophenfonds. Wir verlangen daher vom Finanzminister, dass er die nötigen Änderungen im Katastrophenfondsgesetz dem Parlament zur Beschlussfassung vorlegt, damit umgehend, wie 1992 und 2000, Hilfgelder für die Betroffenen ausgezahlt werden können", forderte der Vorsitzende der Präsidentenkonferenz der Landwirtschaftskammern, Rudolf Schwarzböck, heute in einer Aussendung. Er appellierte auch an die verantwortlichen Stellen auf Länderebene, hier rasch und unbürokratisch Hilfsmaßnahmen zu setzen. "Die Bundesregierung plant geeignete Maßnahmen, um der Konjunkturabschwächung entgegenzuwirken und den Druck auf dem Arbeitsmarkt zu verringern. Die Land- und Forstwirtschaft kann hier rasch Möglichkeiten anbieten. Einerseits lassen sich im Bereich Biomasse rasch und kostengünstig tausende neue Arbeitsplätze schaffen, andererseits können durch entsprechende Schritte die Exportchancen heimischer Agrarprodukte erhöht werden", stellte Schwarzböck weiter fest.

#### Biomasse als Arbeitsplatzmotor

"Ein wesentlicher Arbeitsplatzmotor im ländlichen Raum ist die verstärkte Nutzung von Biomasse. Durch eine dezentrale Produktion von Energie aus Biomasse im Inland kann fossile Energie, die größtenteils importiert werden muss, ersetzt werden. Das erhöht die Versorgungssicherheit und vermindert Österreichs Importabhängigkeit. Gleichzeitig schafft ein solcher Schritt ein konstanteres Preisniveau für Bioenergie gegenüber fossilen Energieträgern. Wer Biomasse energetisch nutzt, leistet einen wichtigen Beitrag zur regionalen Wertschöpfung und schafft beziehungsweise sichert neue Arbeitsplätze im ländlichen Raum. Auch die Errichtung und der Betrieb von Biomasseanlagen sichern bestehende und schaffen zusätzliche Arbeitsplätze in Industrie und Gewerbe. Eine Untersuchung im Auftrag der Präsidentenkonferenz geht in Summe von einem zusätzlichen Bedarf an bis zu rund 65.000 Arbeitskräften im gesamten Biomassebereich aus. Bei entsprechender Entscheidung der Politik eröffnet sich hier die Chance, zukunftsträchtige und umweltadäquate Arbeitsplätze in den ländlichen Regionen zu schaffen", so Schwarzböck weiter.

#### Export-Chancen für Agrarprodukte verbessern

"Österreichs Agrarprodukte sind im Ausland gefragt. Mit ATS 45,9 Mrd. haben die Ausfuhren von Waren des Agrarsektors im Vorjahr einen neuen Höchstwert erreicht und das agrarische Außenhandelsdefizit auf den niedrigsten Wert seit Jahren gedrückt. Diesem positiven Ergebnis steht aber die Tatsache gegenüber, dass die EU ihre Mittel für die Absatzförderung sowohl für Ausfuhren in Drittländer als auch innerhalb des Binnenmarktes von 95 auf 66 Mio. Euro für alle EU-Mitgliedsstaaten gekürzt hat. Die Exportchancen für Agrarprodukte jedoch lassen sich nur dann nachhaltig verbessern, wenn genügend Absatzförderungsmittel zur Verfügung gestellt werden. Deshalb sollte die Bundesregierung bei den verantwortlichen EU-Stellen darauf drängen, diesen Bereich wieder ausreichend zu dotieren. Darüber hinaus ist es notwendig, im Hinblick auf die EU-Erweiterung in einer gemeinsamen Anstrengung von Wirtschaft und Regierung alles zu unternehmen, damit unsere Chancen auf den Märkten der Beitrittsländer gewahrt bleiben. Denn gerade hier hat Österreich auf Grund der Nähe und der Qualitäten im Premiumsegment Absatzmöglichkeiten, die genutzt werden sollten", so Schwarzböck abschließend.

(Quelle: OTS Presseaussendung, 13. Sept. 2001)

## **EU-Kommissar Franz Fischlers Visionen einer neuen Landwirtschaft**

Hamburg (ots) - Franz Fischler, 55, seit 1995 EU-Kommissar für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung in Brüssel, träumt sich im LEBEN der Wochenzeitung DIE ZEIT in das Jahr 2051 und hat die Vision einer ganz neuen Landwirtschaft:

Aus "Bauern" sind in den letzten Jahrzehnten "Produzenten" geworden. Es sind Ärzte und Anwälte, deren Alltag vom Bildschirm oder der Fernarbeit geprägt ist und für die die Landwirtschaft ein Hobby ist. Durchaus profitabel soll sie sein, aber das Geld steht nicht im Vordergrund. Ihnen gehört ein Drittel der Äcker. Die übrigen zwei Drittel, alles große Anbauflächen, werden von Spezialisten bewirtschaftet, von hoch professionellen Produzenten. Anders als heute haben sie alle feste Verträge mit Abnehmerfirmen, auch mit Logistikunternehmen. Sie bauen meist keine landwirtschaftlichen Produkte mehr an, sondern Rohstoffe für die Industrie.

Karosserien von Autos bestehen aus Naturfasern und neuartigen Kunststoffen, die auf Stärkebasis entwickelt werden, die einfach zu Humus verrotten können. Benzin für den Motor verwendet keiner mehr, dafür gibt es Äthanol oder spezielle Alkohole, die auf dem Feld wachsen. - Die Bau- und die Möbelindustrie nutzen nur noch Platten oder Isoliermaterial aus Naturstoffen.

Fischler weiter: "Die Biotechnik wird streng kontrolliert, von Zertifizierungs- und Sicherheitsdiensten. Ein gewaltiger Aufwand. Aber auch jede Menge neuer Jobs. Das Pflanzendesign erforderte auch neue medizinische Fächer. Interdisziplinär natürlich. Bestimmten Pflanzen wurde beigebracht, zugleich als Pharmazeutikum zu dienen. Die Apotheke ist überflüssig geworden; Medizin wird einfach gegessen. So werden die meisten Stoffwechselerkrankungen oder Allergien behandelt."

(Quelle: OTS Presseausendung, 22. Aug. 2001)

## **Ungarn**

### **Super-Kartoffel aus Ungarn**

Noch namenlose Art gegen Pilzbefall resistent - Forscher besiegen Kartoffelfäule

Eine rote Kartoffel aus Osteuropa könnte der Schlüssel in der Lösung des größten ökonomischen Problems der organischen Biolandbau-Industrie sein. Die Kartoffel-Variation hat zwar noch keinen Namen, scheint aber zu 100 Prozent gegen Kartoffelfäule resistent zu sein.

Dadurch wird laut Forschern der University of Newcastle upon Tyne eine Behandlung mit Fungiziden unnötig. Die aus Ungarn stammende Art wurde auf Versuchsfeldern in der Nähe des Hadrian Walls gezüchtet. Da die Kartoffel rot gefärbt ist, müssen vor einer Platzierung in Supermärkten noch wesentliche Marketingfragen geklärt werden.

Im Gegensatz zu herkömmlichen Arten, die bei einem Befall welken, blüht die Pflanze weiter. "Die mitunter kleinen Läsionen auf den Blättern zeigen, dass die Kartoffel zwar von einer Fäule befallen ist, diese aber nicht fortschreitet", erklärte der Ökologe Carlo Leifert. Dies zeige, dass die Pflanzen eine dauerhafte Resistenz besitzen, die einen bis unter den Boden reichenden Befall, verhindert.

Eine Kartoffel, die ohne Chemikalien kommerziell gezüchtet werden kann, ist laut Leifert ein wichtiger Durchbruch für die organische Landwirtschaft weltweit. Nicht nur in Großbritannien decken die organisch-gezüchteten Kartoffeln nicht den Bedarf der Konsumenten. Grund dafür ist die Kartoffelfäule, die jedes Jahr Ernteverluste in Millionenschäden verursachen. Viele Farmer weigern sich daher, Kartoffeln zu züchten. "In Supermärkten sind sowohl der Anteil von Biokartoffeln als auch die Sortimentauswahl gering", betonte Liefert. Noch sei es allerdings zu früh, über die Preisgestaltung zu sprechen.

Die Kartoffel-Versuche sind Teil eines von der EU mit 3,5 Mio. Pfund (3,8 Mio. Euro) finanzierten Forschungsprojektes. Das Programm mit dem Namen "Blight-Mop" untersucht neue Kartoffelarten und landwirtschaftliche Kontrollstrategien gegen die Kartoffelfäule. Partnerinstitute befinden sich in Dänemark, Deutschland, Schweiz, Frankreich, den Niederlanden, Norwegen und Schottland. Aller Voraussicht nach werden im weiteren Testverlauf keine weiteren vielversprechenden Kartoffelvarietäten mehr hervorgehen. Ob die Fungizid-resistente Kartoffel aber auch den Geschmackskriterien der Konsumenten entspricht, muss erst untersucht werden.

(Quelle: /www.bbv-net.de, www.guardian.co.uk, 20. September)

## Ungarisches Graurind wird Hoffnungsträger für den Speisezettel

Vom Aussterben bedrohtes Steppenrind erlebt eine Renaissance

Eisenstadt - Mit der Errichtung des Nationalparks Neusiedler See - Seewinkel hielt eine vom Aussterben bedrohte alte Haustierrasse im Seewinkel wieder Einzug: das ungarische Graurind. 1994 begann die Zucht mit nur einem einzigen Graurinder-Paar, heute grasst eine Herde von 200 Stück im Seevorgelände. Und Jahr für Jahr kommen 50 Junge und mehr zu Welt. Mittlerweile wird das Fleisch der Tiere vermarktet.

Vor allem Gastwirte aus der Region sind an dieser Spezialität, die auch von in- und ausländischen Gästen gerne verkostet wird, interessiert. Der Gastwirt Friedl Tschida aus Apetlon ist zum zusätzlichen Angebot begeistert: "So oft wie möglich steht bei uns Grau- oder Weiderind aus dem Nationalpark auf der Karte. Die Gäste fragen bereits danach. Leider ist das Fleisch - da es nicht genug Schlachtvieh gibt - nicht immer zur Verfügung."

Derzeit werden nur 40 bis 50 Stiere geschlachtet; der weibliche Nachwuchs bleibt derzeit überhaupt noch verschont, denn die Herde soll noch weiter vergrößert werden. Mit dem Graurinder-Projekt bewährt sich mehrfach, wie Nationalparkdirektor Kurt Kirchberger erläutert: "Erstens soll ein neues Produkt für die regionale Küche auf den Markt gebracht werden, zweitens sollen die Tiere die Hutweiden vor dem Zuwachsen und der Verbuschung bewahren, und drittens sind die Graurinder längst eine Touristenattraktion, wenn sie mit ihren mächtigen Hörnern majestätisch über die Weiden ziehen."

Die Ansichten über die Herkunft der Graurinder gehen auseinander. Jedenfalls waren die Tiere vom 14. bis 18. Jahrhundert weit über Ungarn hinaus eine sehr geschätzte Fleischrasse. Als im 19. Jahrhundert die Landwirtschaft intensiviert wurde, entstand aus dem Steppenrind ein hervorragendes Arbeitstier. Seit dem Ende des 19. Jahrhunderts ging der Bestand aber drastisch zurück.

Mittlerweile ist das Interesse an den Graurindern wieder gewachsen. Sowohl im ungarischen als auch im burgenländischen Teil des Nationalparks Neusiedler See - Seewinkel grasst wieder eine große Herde. "Wir wollen unseren Beitrag zur Erhaltung alter Haustierrassen auf jeden Fall leisten, denn Tiere gehören zu den ältesten Kulturdenkmälern der Welt. Hier im Nationalpark haben wir die Chance dazu", so Direktor Kirchberger.

(Quelle: [www.derstandard.at](http://www.derstandard.at))

---

---

# HUMANRESSOURCEN

## Österreich

### **EUREGIO-Tagung in Poysdorf**

Miteinander Lernen in Grenzregionen

St.Pölten (NLK) - Politiker, Experten aus Wissenschaft, Wirtschaft und Vertreter aus den österreichischen Grenzregionen treffen sich am Freitag, 19. Oktober, zur bereits dritten EUREGIO-Tagung in Poysdorf im Weinviertel. Das Generalthema der Tagung 2001 lautet: "Miteinander Lernen - voneinander Lernen". Eine wesentliche Aufgabe der EUREGIOs, der grenzüberschreitenden Regionenverbände, ist es, die Qualität in der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit zu heben. "Gerade Grenzregionen werden in der zukünftigen Erweiterung der Europäischen Union eine wichtige Rolle zwischen Ost und West übernehmen", erläutert Prof. Paul Lendvai, der auch den Eröffnungsvortrag der Veranstaltung hält. Zum Thema "Grenzüberschreitend zusammenarbeiten - die Union gemeinsam erweitern" diskutieren unter anderem Karl Fürst Schwarzenberg, Prof. Milan Bucek, Wirtschaftsuniversität Bratislava, Klaus-Dieter Michael, Bildungswerk Ost-West Dresden und Hofrat Dr. Gerhard Silberbauer, EU-Erweiterungsbeauftragter des Landes Niederösterreich.

Die Tagung eröffnen die Vorsitzenden der EUREGIO Weinviertel - Südmähren - Westslowakei, Landtagsabgeordneter Mag. Karl Wilfing, Bürgermeister von Poysdorf, Abgeordneter zum Nationalrat Dr. Hannes Bauer, der Vorsitzende aus Südmähren, Miroslav Ondruš, und der Vorsitzende der Regionalvereinigung Zahorie in der Westslowakei, Milan Kanda. In den einzelnen Fachvorträgen und Arbeitskreisen werden Projekte zur grenzüberschreitenden Zusammenarbeit von Verwaltungen und Gemeinden, das Grenzgänger- und Praktikantenabkommen zwischen Österreich und Tschechien vorgestellt, sowie Modelle zur grenzüberschreitenden Berufsausbildung und schulischen Weiterbildung diskutiert. Projektinteressierte erhalten wichtige Förderinformationen über INTERREG, Leonardo und Sokrates.

Mit der Tagung startet eine umfassende Informations- und Diskussionstätigkeit des EUREGIO forums. Das EUREGIO forum ist ein Netzwerk der Regionalmanagements und Regionalentwicklungsverbänden aus dem Weinviertel, dem Waldviertel, Industrieviertel, Mostviertel und NÖ Mitte, der Regionalentwicklungsagentur Südmähren, der Záhorie und dem RPIC Dunajska Streda aus der Slowakei sowie der Stadt Győr aus Ungarn. "Im Rahmen des Netzwerkes werden Vereine, Institutionen, Gemeinden, Kleinregionen und Unternehmer, die mit Partnern beiderseits der Grenze kooperieren wollen, in der Projektkonzeption, bei der Partnersuche und in der Durchführung und Umsetzung von gemeinsamen Veranstaltungen unterstützt", erklärt Regionalmanager Hermann Hansy als Sprecher des Forums. Das EUREGIO forum wird aus Mitteln des Europäischen Fonds für Regionalentwicklung im Rahmen des Programms INTERREG IIIA gefördert. Anmeldung:

[www.euregio-weinviertel.org/at/tagung.htm](http://www.euregio-weinviertel.org/at/tagung.htm), e-mail: [euregio-weinviertel@magnet.at](mailto:euregio-weinviertel@magnet.at).

(Quelle: OTS Presseausendung, 25. Sept. 2001)

### **Erste Runde des EUREGIO-Jugendparlaments in Breclav**

Erfahrungsaustausch zu Jugend-relevanten Themen

Vom 7. bis 9. September tagten in der südmährischen Stadt Breclav 68 Jugendliche aus Südmähren, dem Weinviertel und aus der Westslowakei im Rahmen des 1. EUREGIO-Jugendparlaments. Die Initiative war erst kurz zuvor, im Mai 2001, entwickelt worden. Das erste Treffen in Breclav bot die Möglichkeit eines breit angelegten Erfahrungsaustausches zu Themen, die junge Menschen dieser Regionen interessieren. Diskutiert wurde in drei Arbeitskreisen über kommunale Jugendpolitik, schulische Ausbildung bis zu Fragen der EU-Erweiterung.

Überraschend gut entwickelten sich nach anfänglichen gegenseitigen Vorbehalten die Gespräche, die teils mit Dolmetsch in der eigenen Sprache, teils englisch, aber auch deutsch gehalten wurden. Die Bereitschaft, die Sprache des Nachbarn zu erlernen, scheint bei den Österreichern am geringsten entwickelt. Es gab auch konkrete Beschlüsse: das neue Parlament soll zu einer ständigen Einrichtung

in der EUREGIO gemacht werden. Geplant ist auch, ein Jugendnetzwerk aufzubauen und ein Diskussionsforum im Rahmen einer eigenen Homepage zu schaffen.

EUREGIO selbst, das Gremium für regionalpolitische Zusammenarbeit an Staatsgrenzen, nach dem 2. Weltkrieg ins Leben gerufen, ist im Weinviertel durch die EUREGIO Weinviertel-Vorsitzenden Nationalrat Dr. Hannes Bauer und Bürgermeister Karl Wilfing vertreten, in der Westslowakei durch Bürgermeister Ing. Milan Kanda und in Südmähren durch Bürgermeister Miroslav Ondrus.

Das Jugendparlament soll der Jugend diesseits und jenseits der Grenze auch in Zukunft die Möglichkeit bieten, ihre Anliegen zu formulieren und die Ideen an die EUREGIO herantragen. Im Sinne einer freien Meinungsbildung soll ein ausgewogenes Verhältnis von politischen und anderen Jugendorganisationen gewahrt werden.

EUREGIO-Vertreter sehen das Jugendparlament als eine von vielen Möglichkeiten, das „Eis“ zwischen den Regionen zu „brechen“. Das Interesse junger Tschechen und Slowaken, ihre Ausbildung in Niederösterreich zu erhalten, ist schon sehr groß: in zwei Weinviertler Gymnasien gibt es in manchen Klassen schon bis zu dreißig Prozent Schüler von „drüben“. Sie lernen schnell deutsch – die tschechische Sprache stellt hingegen für junge Österreicher eine unüberwindliche Barriere dar. Tschechisch im Freifach, da und dort angeboten, wird nur von wenigen angenommen. Um den freien Kontakt zwischen der Jugend der drei Länder zu fördern, wird das EUREGIO-Jugendparlament gute Multiplikator-Dienste leisten, wird allgemein erwartet.

(Quelle: OTS Presseausendung, 12. Sept. 2001)

### **Grenzgänger- und Praktikantenabkommen Österreich – Tschechische Republik unterzeichnet** Bartenstein traf den tschechischen Arbeitsminister Spidla

Wien (BMWA-OTS) - Die Abkommen zwischen Tschechien und Österreich für Grenzgänger bzw. Praktikanten stellen einen wichtigen Schritt in Richtung Arbeitnehmerfreizügigkeit dar, erklärte Wirtschafts- und Arbeitsminister Dr. Martin Bartenstein heute bei deren Unterzeichnung. Sein tschechischer Amtskollege Dr. Vladimir Spidla bezeichnete das Abkommen als wertvoll für Österreich und Tschechien, insbesondere für deren Grenzregionen. Er freute sich, dass ein 10-jähriger Verhandlungsweg sein Ende findet. Das Grenzgängerabkommen sieht vor, dass Bewohner der Grenzregionen als Tagespendler in der Grenzregion des anderen Staates einer Beschäftigung nachgehen können. Als "Grenzregion" sind dabei die politischen Bezirke bzw. Kreise definiert, die an den jeweils anderen Staat grenzen (Gänserndorf, Gmünd, Hollabrunn, Horn, Mistelbach, Waidhofen/Thaya, Freistadt, Rohrbach, Urfahr-Umgebung).

Grenzgängerbewilligungen können auf ein Jahr mit der Möglichkeit der Verlängerung um höchstens ein weiteres Jahr ausgestellt werden. Dabei werden jährlich bilateral gemischte Kommissionen, die sozialpartnerschaftlich zusammen gesetzt sind, auf Grund der jeweiligen Lage und Entwicklung des Arbeitsmarktes Höchstzahlen - allenfalls auch aufgeteilt auf einzelne Grenzzonen, Wirtschaftszweige oder Berufsgruppen - festgelegt. Allfällige Höchstzahlen für die Beschäftigung von Ausländern müssen berücksichtigt werden. Arbeitgeber müssen gegenüber einem Grenzgänger die am Ort der Beschäftigung anzuwendenden Lohn- und Arbeitsbedingungen einhalten.

Mit dem Praktikantenabkommen bekommen Personen zwischen 18 und 35 Jahren mit abgeschlossener Berufsausbildung oder ausreichend Praxis in ihrer Fachrichtung die Möglichkeit, zur Vervollkommnung ihrer Berufs- und Sprachkenntnisse vorübergehend eine Beschäftigung im anderen Staat auszuüben. Die Dauer richtet sich dabei nach den Erfordernissen der angestrebten Erweiterung der Kenntnisse, mindestens sind es sechs Monate und höchstens ein Jahr. Eine Verlängerung auf höchstens 18 Monate ist möglich, wenn es die jeweilige Lage und Entwicklung des Arbeitsmarktes zulassen. Arbeitgeber haben mit dem Praktikanten einen Arbeitsvertrag entsprechend den anzuwendenden Rechtsvorschriften abzuschließen. Die am Ort der Beschäftigung für Arbeitnehmer mit vergleichbaren Qualifikationen geltenden Lohn- und Arbeitsbedingungen und sozialversicherungsrechtlichen Vorschriften sind dabei einzuhalten. Die Zahl der Praktikanten und eine allfällige Aufteilung auf Wirtschaftszweige und Berufsgruppen wird unter Berücksichtigung der jeweiligen Lage und Entwicklung des Arbeitsmarktes festgelegt und gegebenen Falls auf eine Höchstzahl für die Beschäftigung von Ausländern angerechnet.

Beide Abkommen müssen nach den innerstaatlichen Vorschriften genehmigt werden und treten drei Monate danach in Kraft.

(Quelle: OTS Presseausendung 24. Aug. 2001)

## **Neues Sozialversicherungsabkommen mit Tschechien**

Wesentliche Erleichterung für Reisende in die Tschechische Republik

Wien (OTS) - Am 1. Juli 2001 ist das österreichisch-tschechische Abkommen über soziale Sicherheit in Kraft getreten, das die Kranken-, Unfall- und die Pensionsversicherung sowie das Arbeitslosengeld erfasst. Auf Grund dieses Abkommens wird u.a. sichergestellt, dass österreichische Urlauber, die in der Tschechischen Republik Leistungen der dortigen Krankenversicherung benötigen, ärztliche Hilfe, Medikamente und auch Spitalspflege zu Lasten des zuständigen österreichischen Krankenversicherungsträgers in Anspruch nehmen können, wenn sie den zwischenstaatlichen Betreuungsschein in eine gültige Anspruchsberechtigung umtauschen. Der Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger empfiehlt daher neuerlich, für Reisen in die Tschechische Republik den zwischenstaatlichen Betreuungsschein (Urlaubskrankenschein) mitzunehmen. Unselbstständig Beschäftigte erhalten diesen Schein bei ihrem Dienstgeber. Beamten, Selbstständigen und Pensionisten wird der Krankenschein für das Ausland vom zuständigen Krankenversicherungsträger ausgestellt.

"Die Einigung bringt vor allem aber auch in der Pensionsversicherung einen Schutz der Betroffenen", erklärt der stellvertretende Generaldirektor des Hauptverbandes, Mag. Norbert Vanas, weil beispielsweise in jenen Fällen, in denen der Anspruch auf eine österreichische Leistung erst durch die Zusammenrechnung der Versicherungszeiten in Österreich und in der Tschechischen Republik entsteht, eine österreichische Pension gewährt werden kann.

(Quelle: OTS Presseausendung 1. Aug. 2001)

## **Slowakei**

### **Erster TV-Nachrichtenkanal in der Slowakei**

Der neue slowakische Fernsehsender TA3 wird 17 Stunden täglich ausschließlich Nachrichten senden. Die halbstündlichen Nachrichtenblöcke sollen die neuesten Informationen über Politik, Wirtschaft und Wetter übermitteln. Lizenzinhaber ist die Gesellschaft C.E.N mit Sitz in Preßburg. Hauptinvestor ist die britische Firma Millenium Electronics Ltd., deren Eigentumsanteil soll 55 Prozent betragen.

Gründer und Generaldirektor von TA3 ist Martin Lengyel, der ehemalige Pressesprecher von Premierminister Mikulas Dzurinda. Alle Vermutungen, die neue Fernsehstation könnte Dzurinda und seiner Slowakischen Christlichen und Demokratischen Union (SDKU) medial zuspielden, weist Lengyel zurück. "Wir sind nicht die Fernsehstation für eine Saison, das parteiabhängige Medium hat in der heutigen Slowakei keine Überlebenschance. Für uns ist Objektivität das höchste Gebot", betonte Lengyel gegenüber Radio Twist.

Derzeit gibt es in der Slowakei drei private Fernsehstationen. Die kommerziell erfolgreichste ist Markiza, die nach den Umfragen im Jahr 2000 fast 70-prozentigen Anteil am Zuschauermarkt hat. Die Fernstation Luna befindet sich in finanziellen Schwierigkeiten und steht offensichtlich vor der Beendigung ihrer Tätigkeit. Die Fernsehstation TV Global entstand durch die Vernetzung von Lokalfernsehstationen. Zu den größten Aktionären von TV Global zählt auch die tschechische Fernsehstation Nova. (APA)

(Quelle: www.derstandard.at)

## **Ungarn**

### **Österreichisch-ungarisches Forschungszentrum geplant**

Am vergangenen Donnerstag wurde in Szeged der Bau eines österreichisch-ungarischen Innovationszentrums bekanntgegeben. Das Investitionsvolumen dafür belaufe sich auf 4-4,5 Mrd. Ft. Die Planung und der Bau soll unter Mitwirkung der österreichischen Firmen Stoessel Technologie GmbH und Industrie Logistik Management sowie der Szegediner Baufirma Kész Kft. und der Progress Vállalkozásfejlesztő Alapítvány durchgeführt werden. In dem Zentrum sollen sich vor allem Firmen ansiedeln, die sich auf IT und Biotechnologie spezialisiert haben. Mit dem Bau soll begonnen werden, sobald die Hälfte des 11.471 Quadratmeter großen Zentrums einen Mieter gefunden hat.

(Quelle: www.bz.hu, 24. Juli 2001)

# EU-FÖRDERPROGRAMME

## Österreich

### **Grenzüberschreitende Zusammenarbeit wird fortgesetzt**

Alle drei Programme für INTERREG IIIA genehmigt

St.Pölten (NLK) - Für jene drei INTERREG IIIA/PHARE CBC-Programme, an denen sich Niederösterreich in der laufenden Programmperiode 2000 bis 2006 beteiligt, ist nunmehr die Genehmigung durch die Europäische Kommission erfolgt: Österreich - Tschechien (am 12. September), Österreich - Slowakei (am 14. September) und Österreich - Ungarn (am 27. September). Damit steht nun der Umsetzung von Projekten nichts mehr im Weg, um die grenzüberschreitende Zusammenarbeit mit den Nachbarländern neu zu beginnen, bzw. - aufbauend auf der vergangenen Programmperiode - fortzusetzen. Von den bereits zur Förderung eingereichten und im INTERREG-Beirat Niederösterreich empfohlenen Projekten wurden auch bereits zahlreiche in den bilateralen Lenkungsausschüssen genehmigt: 27 Projekte für Österreich - Tschechien, 11 Projekte für Österreich - Slowakei und 6 Projekte für Österreich - Ungarn.

Charakteristische Merkmale der Gemeinschaftsinitiative INTERREG IIIA der Europäischen Union zur Unterstützung der Grenzregionen bzw. zur Unterstützung der unmittelbaren grenzüberschreitenden Zusammenarbeit zwischen benachbarten Regionen in bilateraler Kooperation sind: Partnerschaft statt Konkurrenz, Projektentwicklung bottom up, regionale, wirtschaftliche und soziale Integration, aktive Zusammenarbeit mit Partnern in Tschechien, in der Slowakei und in Ungarn, gemeinsame Programme, Projekte, Entscheidungsstrukturen, grenzüberschreitende Organisationsstrukturen, regionale Drehscheiben, Erfahrungsaustausch und nachhaltige Netzwerke, Kontinuität in mehrjähriger Projektarbeit und ein breites Spektrum an Projekttypen.

Ziel des Programms ist die nachhaltige Entwicklung und gemeinsame Positionierung des Gesamtgebietes zu einem mitteleuropäischen Zentralraum. Gemeinsam mit PHARE CBC ("Poland and Hungary Assistance for Reconstruction of the Economy Cross Border Cooperation"), dem korrespondierenden Förderprogramm auf Seiten der Beitrittskandidaten, sollen die wirtschaftliche, soziale und räumliche Trennung der Grenzregionen verringert und starke Kooperationsachsen aufgebaut werden.

Weitere Informationen zu INTERREG sowie zu Projekteinreichungen beim Amt der NÖ Landesregierung, Abteilung Raumordnung und Regionalpolitik - Geschäftsstelle für EU-Regionalpolitik, unter den Telefonnummern 02742/9005-14329, Mag. Martin Kavalek, und 02742/9005-14129, Mag. François-Edouard Pailleron, sowie per e-mail unter [martin.kavalek@noel.gv.at](mailto:martin.kavalek@noel.gv.at) bzw. [francois-edouard.pailleron@noel.gv.at](mailto:francois-edouard.pailleron@noel.gv.at).

(Quelle: OTS Presseausendung, 12. Okt. 2001)

### **Regionalisierungsmittel für Groß-Siegharts**

Strukturmaßnahmen werden gefördert

St.Pölten (NLK) - Die NÖ Landesregierung beschloss in ihrer dieswöchigen Sitzung die Strukturmaßnahmen der Stadtgemeinde Groß-Siegharts (Bezirk Waidhofen an der Thaya) mit 12,8 Millionen Schilling (930.212,28 Euro) aus Regionalisierungsmitteln zu fördern. In den vergangenen Jahren wurden von der Stadtgemeinde Investitionen wie die Renovierung des Schlosses (16,3 Millionen Schilling oder 1,18 Millionen Euro), die Sanierung der Schlossplätze (13,2 Millionen Schilling oder 959.281,41 Euro), die für den Straßenverkehr dienen, und Investitionen für den Stadtsaal (21,3 Millionen Schilling oder 1,55 Millionen Euro) durchgeführt. Zudem wurden wichtige Investitionen und Aufwendungen im Straßen- und Güterwegebau, für den Stadtpark, das Waldbad und das Museum getätigt.

Hintergrund für dieses Engagement ist nicht zuletzt der Niedergang der europäischen Textilindustrie. Groß-Siegharts als "Herz des Bandlkramer-Landes" ist hier besonders betroffen. Vor rund 20 Jahren fanden in dieser Stadt noch rund 1.200 Menschen in der Textilindustrie Beschäftigung, heute arbeiten nur mehr 25 Personen in dieser Branche. Bezogen auf die Wertschöpfung sind die mit diesem Abbau an Arbeitsplätzen in der Textilindustrie verbundenen negativen Effekte - wie die regionale Situation



der Einkommen - noch weit dramatischer, wenn man die Auswirkungen im Bereich der Zulieferbetriebe und die Schließung der Textilfachschule 1997 mit einbezieht.

Neben den umfangreichen Investitionen der Stadtgemeinde in die Infrastruktur sind auch die Aktionen des Vereines "Unterstützung regionaler Kooperationen und Bildungsmaßnahmen (KooB)" zu erwähnen. Dieser Verein nimmt maßgeblich die Nutzung der ehemaligen Textilfachschule wahr. Dabei glückte in der ehemaligen Textilfachschule die Ansiedlung und Gründung von Betrieben sowie von innovativen Bildungsangeboten, wie etwa von Telematiklehrgängen und eines Universitätslehrganges für Regionalentwicklung.

(Quelle: OTS Presseaussendung, 21. Sept. 2001)

### **INTERREG - Projekt "Euregio Forum Niederösterreich" beschlossen**

Sobotka: "51 Millionen pro Jahr für NÖ Grenzregionen!"

St.Pölten (NLK) - INTERREG ist eine EU-Förderung, die besonders grenzüberschreitende Projekte unterstützt. Niederösterreich stehen jährlich EU-Mittel von 51,1 Millionen Schilling (3,71 Millionen Euro) für INTERREG III zur Verfügung, was durch Kofinanzierung von 50 Prozent durch Bund-, Landes- und private Mittel Investitionen in der Höhe von 102,2 Millionen Schilling (7,43 Millionen Euro) pro Jahr ergibt. In Niederösterreich betrifft INTERREG die Regionen Weinviertel, Waldviertel und Wiener Umland. In den letzten Jahren wurden über 174 Projekte verwirklicht.

"Die Bedeutung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit an der Außengrenze der EU hat durch den Prozess der Erweiterung enorm an Bedeutung gewonnen. Daher werden auch deutlich mehr EU-Mittel für Niederösterreich, das seine Funktion als Bindeglied zum Osten wahrnimmt, zur Verfügung stehen", meint der zuständige Raumordnungs-Landesrat Mag. Wolfgang Sobotka.

Eines dieser vielen positiven Beispiele ist das Projekt "Euregio Forum Niederösterreich", in dem die Regionalentwicklungsagentur Südmähren, die Regionalvereinigung Zahorie aus Slowenien, das Regionalzentrum Dunajska Streda und die Stadt Győr gemeinsam mit Initiativen aus Niederösterreich zusammenarbeiten. Ziel des Projektes ist, die in den letzten Jahren so zahlreich gestarteten grenzüberschreitenden Initiativen mit Know-how zu unterstützen und durch eine Bündelung der Kräfte in einem grenzüberschreitenden Netzwerk, die Arbeit der regionalen Organisationen zu professionalisieren und gemeinsam höhere Standards in der Projektumsetzung zu erreichen.

Gemeinsame Schulung und Weiterbildung des Personals in punkto grenzüberschreitender Projekte sind ebenso Massnahmen, wie der Aufbau eines gemeinsamen Presse- und Informationsdienstes der Netzwerkpartner in der Slowakei und in Niederösterreich.

Insgesamt werden durch dieses Projekt annähernd 6 Millionen Schilling (436.037 Euro) in den nächsten Jahren durch EU-, Landes- und Eigenmittel in der Grenzregion investiert.

INTERREG versucht besonders die "Grenze im Kopf" zu überwinden. Denn durch den Eisernen Vorhang wurde der Kontakt der Menschen über die Grenze lange Zeit verhindert. Diese Projekte tragen wesentlich zum Fitnessprogramm für Europa und zur Wettbewerbsfähigkeit der niederösterreichischen Grenzregionen bei. Es sind dies positive Zeichen für die Regionen", meint Sobotka abschliessend.

(Quelle: OTS Presseaussendung, 19. Sept. 2001)

### **Fördermöglichkeiten durch das EU-LEADER+ Programm**

Infoveranstaltungen in allen Moststraße-Mitgliedsgemeinden

Der Verein Moststraße, seit Juli dieses Jahres LEADER+ Projekt, startet ab 20. September eine breit angelegte Informationsoffensive. In allen Mitgliedsgemeinden finden Informationsveranstaltungen statt. Der Verein Moststraße und das Regionalmanagement Mostviertel werden im Rahmen dieser Veranstaltungen das LEADER+ Projekt Moststraße einer breiten Öffentlichkeit präsentieren und die Fördermöglichkeiten des Programms erläutern. Weiters können geplante Projekte aus den jeweiligen Gemeinden vorgebracht und besprochen werden. Besonders Landwirte, die Gastronomie, alle Arten von Tourismusbetrieben und Direktvermarkter sollen mit der Präsentation und der anschließenden Diskussion angesprochen werden.

Ziel ist es, der Bevölkerung das Projekt Moststraße näher zu bringen und die Chancen aufzuzeigen, die das LEADER+ Projekt für die gesamte Region darstellt. Aus organisatorischen Gründen werden einige Gemeinden an einem Termin zusammengefasst. Alle Termine können beim

Regionalmanagement Mostviertel unter der Telefonnummer 07472/68100 in Erfahrung gebracht werden.

(Quelle: OTS Presseausendung, 12. Sept. 2001)

### **Chinesische Medizin, Weinstraße, Kultursponsoring**

Drei weitere EURO-FIT-Projekte beschlossen

In ihrer dieswöchigen Sitzung hat die NÖ Landesregierung auf Antrag von Landesrat Ernest Gabmann Regionalisierungsmittel in der Gesamthöhe von 9,47 Millionen Schilling (688.211 Euro) für drei weitere EURO-FIT-Projekte bewilligt:

Die Errichtung von Willi Dungs Gesundheitszentrum nach den Methoden der Traditionellen Chinesischen Medizin in Gars am Kamp wird mit 6,36 Millionen Schilling (462.360 Euro) aus der Regionalisierung gefördert. Die EU schießt im Rahmen des Ziel 2-Programmes 8,4 Millionen Schilling (610.880 Euro) aus dem EFRE-Fonds zu. Die Gesamtkosten des Projektes betragen 56,04 Millionen Schilling (4,07 Millionen Euro).

Nach der Teilregion Westliches Weinviertel und der Thermenregion sollen nun weitere Abschnitte der „Weinstraße Niederösterreich“ beschilbert werden: Wagram, Traisental, Wachau, Kremstal und Veltlinerland. Die Gesamtkosten belaufen sich auf 4,17 Millionen Schilling (303.045 Euro), der Zuschuss aus der Regionalförderung beträgt 2,76 Millionen Schilling (200.577 Euro).

Der von der Eco Plus gemeinsam mit der Wirtschaftskammer Niederösterreich und den Initiativen Wirtschaft und Kunst ausgeschriebene NÖ Kultursponsoringpreis wird mit 350.000 Schilling (25.435 Euro) gefördert.

Quelle: OTS Presseausendung, 6. Sept. 2001)

## **2. Ausbaustufe und Zusatzinfrastruktur beim RIZ NÖ Nord**

Insgesamt 22 Millionen Schilling Förderung bewilligt

Nachdem bereits die Errichtung des RIZ NÖ Nord in Krems mit Landesregierungsbeschluss aus dem November 1999 aus Regionalförderungsmitteln unterstützt wurde, wobei die Kosten zu gleichen Teilen von der Stadt Krems und der Regionalförderung getragen wurden, hat nunmehr die Landesregierung auch die Mittel für eine zweite Ausbaustufe bzw. Zusatzinfrastruktur des EURO FIT Projekts bewilligt.

Insgesamt handelt es sich dabei um 22 Millionen Schilling (1.598.802 Euro), die sich wie folgt aufteilen: jeweils 4,75 Millionen Schilling (345.195 Euro) Zuschuss aus dem Regionalförderungsbudget und EU-Fördermittel aus dem EFRE-Fonds/Ziel 2-Programm sowie 9,5 Millionen Schilling (690.391 Euro) aus Regionalförderungsmitteln als zinsenloses Darlehen an die Stadtgemeinde Krems als Mitgesellschafter für die zweite Ausbaustufe des RIZ NÖ Nord bzw. 973.000 Schilling (70.710 Euro) Regionalförderung und 2,027 Millionen Schilling (147.307 Euro) EU-Fördermittel aus dem EFRE-Fonds/Ziel 2-Programm für die Zusatzinfrastruktur Schwerpunkt Biotec.

Die zweite Ausbaustufe, deren Fertigstellung für Frühsommer 2002 geplant ist, hat die Errichtung von zwei zusätzlichen Hallen auf dem Gelände des RIZ zum Ziel. Dadurch entstehen rund 1.300 Quadratmeter zusätzliche hochwertige Mietfläche, insgesamt erhöht sich die nutzbare Fläche um 66 Prozent auf 3.200 Quadratmeter. Die Investitionen betreffen die kompletten Baumaßnahmen inklusive teilweisem Innenausbau und Fertigstellung der gesamten Außenanlagen.

Die notwendigen Zusatzinvestitionen in die Infrastruktur betreffen den restlichen Innenausbau, Klimatisierung und komplette elektronische Steuerung der Firma Biotec Systems Krems GmbH, die sich mit der Entwicklung, Herstellung und dem Vertrieb von künstlichen Blutentgiftungssystemen und dem Ziel der Entwicklung einer künstlichen Leber beschäftigt. Das Investitionsvolumen beläuft sich hier in Summe auf 8,11 Millionen Schilling (589.449 Euro), zusätzlich ist eine betriebliche Investition in der Höhe von 2,6 Millionen Schilling (188.949 Euro) vorgesehen, die von Biotec Systems selbst finanziert wird.

(Quelle: NÖ Landeskorespondenz 24. August 2001)

## **Für Kleinprojektfonds 2001 im Rahmen von INTERREG**

1,1 Million Schilling Landesmittel bewilligt

St.Pölten (NLK) - Im Rahmen der Umsetzung des Programms INTERREG IIIA kommt der Motivation der lokalen und regionalen Akteure, Vereine, Verbände und Gemeinden zur Durchführung grenzüberschreitender Projekte unter Beteiligung der EUREGIO-Partner besondere Bedeutung zu. Nur durch viele kleine Aktivitäten vor Ort in den Grenzregionen kann eines der Hauptziele von INTERREG, der Abbau der Grenze im Kopf, erreicht werden. Um die Förderung solcher finanziell kleiner Projekte zu ermöglichen und eine rasche und unbürokratische Umsetzung grenzüberschreitender Aktivitäten zu unterstützen, wurde 1998 der Kleinprojektfonds eingerichtet, der seither überaus erfolgreich im Einsatz ist.

In diesem Zusammenhang hat die NÖ Landesregierung zuletzt im Umlaufwege die Landesmittel für fünf Kleinprojektfonds im Jahr 2001 bewilligt, die Endabrechnung der eingereichten Kleinprojekte kann bis 31. März 2002 erfolgen. Die in Summe 1,1 Millionen Schilling (79.940,12 Euro) Landesmittel teilen sich wie folgt auf:

- 300.000 Schilling (21.801,85 Euro) für den Kleinprojektfonds Waldviertel, der inklusive EFRE- und Eigenmittel mit 1,2 Millionen Schilling (87.207,40 Euro) dotiert ist, Projektträger ist das Regionalmanagement Waldviertel
- 100.000 Schilling (7.267,28 Euro) für den Kleinprojektfonds Mostviertel, der inklusive EFRE- und Eigenmittel mit 400.000 Schilling (29.069,13 Euro) dotiert ist, Projektträger ist das Regionalmanagement Mostviertel
- 300.000 Schilling (21.801,85 Euro) für den Kleinprojektfonds Weinviertel, der inklusive EFRE- und Eigenmittel mit 1,2 Millionen Schilling (87.207,40 Euro) dotiert ist, Projektträger ist die Europaregion Weinviertel
- 100.000 Schilling (7.267,28 Euro) für den Kleinprojektfonds Industrieviertel im Bereich Österreich/Slowakei, der inklusive EFRE- und Eigenmittel mit 400.000 Schilling (29.069,13 Euro) dotiert ist, Projektträger ist der Regionale Entwicklungsverband Industrieviertel
- 300.000 Schilling (21.801,85 Euro) für den Kleinprojektfonds Industrieviertel im Bereich Österreich/Ungarn, der inklusive EFRE- und Eigenmittel mit 1,2 Millionen Schilling (87.207,40 Euro) dotiert ist, Projektträger ist der Regionale Entwicklungsverband Industrieviertel.

(Quelle: OTS Presseaussendung, 22. Aug. 2001)

### **Beschlüsse der NÖ Landesregierung: Kleinprojektfonds**

St.Pölten (NLK) - Die NÖ Landesregierung hat unter Vorsitz von Landeshauptmann Dr. Erwin Pröll auf dem Umlaufweg u.a. folgende Beschlüsse gefasst:

Für die NÖ Kleinprojektfonds, die im Rahmen des EU-Programms INTERREG III A/PHARE CBC finanziert werden sollen, wurden folgende Landesbeiträge beschlossen:

Waldviertel (Österreich-Tschechien) 300.000 Schilling (21.800 Euro),  
Mostviertel (Österreich-Tschechien) 100.000 Schilling (7.267 Euro),  
Weinviertel (Österreich-Slowakei) 300.000 Schilling (21.800 Euro),  
Industrieviertel (Österreich-Slowakei) 100.000 Schilling (7.267 Euro) und  
Industrieviertel (Österreich-Ungarn) 300.000 Schilling (21.800 Euro).

(Quelle: OTS Presseaussendung, 6. Aug. 2001)

### **Leader+ Programm genehmigt**

80 Millionen Schilling zusätzliche EU-Mittel für das Industrieviertel

St.Pölten (NLK) - Durch intensive Vorbereitungsarbeiten des Regionalen Entwicklungsverbandes Industrieviertel in den letzten Monaten ist es den Kleinregionen Bucklige Welt, Piestingtal und NÖ Süd-Alpin gelungen, Leader+ Regionen zu werden. Damit gibt es 80 Millionen Schilling (5.813.826,73 Euro) zusätzliche EU-Mittel für das Industrieviertel.

Leader+ Regionen sind europäische, von der EU geförderte Vorbildregionen für eigenständige, nachhaltige Regionalentwicklung. Für die Auswahl als Leader+ Region ist die Erstellung eines schlüssigen Entwicklungsprogramms notwendig. Die Themen dieser Entwicklungsprogramme der drei Leader+ Regionen lauten wie folgt:

Die "Gemeinsame Region Bucklige Welt" bearbeitet unter dem Titel "Leben, Lernen, Wirtschaften - aus und mit der Geschichte" verschiedene Schwerpunktthemen wie beispielsweise Geschichte und Kulturtourismus, Klimabündnis, behindertengerechte Einrichtungen in der Region sowie Stärkung des Wirtschaftsstandortes. Beteiligt sind die Gemeinden Bad Schönau, Bromberg, Edlitz, Hochneukirchen-

Gschaidt, Hochwolkersdorf, Hollenthon, Katzelsdorf, Kirchschatz, Krumbach, Erlach, Lichtenegg, Schwarzenbach, Walpersbach, Wiesmath und Zöbern.

Unter dem Titel "Piestingtal-Biedermeiertal" widmet sich diese Region mit den beteiligten Gemeinden Gutenstein, Markt Piesting, Miesenbach, Muggendorf, Pernitz, Rohr im Gebirge, Waidmannsfeld und Waldegg verschiedenen Schwerpunktthemen wie beispielsweise Kulturerbe für morgen, Vermarktung lokaler Produkte in Gastronomie und Tourismus und Gewerbestrukturnetz Piestingtal.

In der Region NÖ-Alpin bearbeiten die beteiligten Gemeinden Aspangberg-St.Peter, Aspang Markt, Breitenstein, Feistritz am Wechsel, Gloggnitz, Kirchberg am Wechsel, Mönichkirchen, Otterthal, Payerbach, Priggwitz, Puchberg am Schneeberg, Raach am Hochgebirge, Reichenau an der Rax, Schottwien, Schwarzau im Gebirge, Semmering, St.Corona am Wechsel und Trattenbach unter dem Titel "Bergpanorama und Weltkulturerbe" verschiedene Schwerpunktthemen wie beispielsweise Erlebnis Semmeringbahn, kulturelles Leben und Erschließung sowie Aufwertung des Bergpanoramas und der Almhütten am Wechsel.

(Quelle: OTS Presseaussendung, 16. Juli 2001)

## Ungarn

### EU: Neue Fördergelder

In wenigen Monaten kann Ungarn auf neue EU-Beihilfen zur Umstellung der Wirtschaft zählen: Bei den Programmen ISPA und SAPARD kommen zu den bisherigen Förderungen von 100 Millionen Euro jährlich 120 Millionen Euro hinzu. Zur Lösung der Probleme wie etwa Umweltschutz kann Ungarn theoretisch schon seit dem Jahre 2000 EU-Mittel in Anspruch nehmen. In Wirklichkeit konnten bis jetzt nur die PHARE-Quellen benutzt werden.

Ziel der PHARE-Mittel ist die Transformation von Institutionen, Förderung von regionalen Entwicklungsprojekten, Kooperation in Grenzgebieten und die Förderung der Teilnahme an EU-Projekten. Das Ziel des ISPA- Programmes ist die Förderung der Beitrittsvorbereitungen auf dem Gebiet des Verkehrs und des Umweltschutzes durch die Unterstützung von grösseren Projekten. Der Förderrahmen von 88 Millionen Euro für das Jahr 2000 konnte gänzlich gebunden werden. Die EU hieß zwölf Projekte gut, davon sechs Umwelt-, drei Verkehrsprojekte und drei Projekte zur Vorbereitung weiterer Investitionen.

SAPARD ist die erste Förderquelle, deren Behandlung die EU dem Kandidaten überlässt. Sie verbessert die Anpassungsfähigkeit der Regionen und der gemeinsamen Agrarpolitik. Die Kommission verlangt aber Garantien für die EU-konforme Verwendung. Das wird durch zwischengeschaltete Institutionen und die Annahme von deren Verfahrensordnung gewährleistet.

(Quelle: [www.bz.hu](http://www.bz.hu))

### Integrationshilfe aus Brüssel: EU gibt 22 Milliarden Forint

Der ungarische EU-Integrationszug gewinnt weiter an Fahrt: Am Donnerstag bewilligte die EU Ungarn im Rahmen des so genannten PHARE-Programms 22 Mrd. Ft. Mit diesem Geld können Projekte gefördert werden, die ausschließlich mit der EU-Integration in Zusammenhang stehen. Die Hälfte der Summe soll für die Schaffung von neuen Institutionen ausgegeben werden. Wichtigstes Instrument ist dabei das "Twinning": Mitarbeiter von Partnerorganisationen aus den EU-Ländern helfen beim Aufbau der Institute und Abteilungen in den Ministerien. Größere Beträge fließen vor allem in die Ausstattung mit moderner Informationstechnik.

Ein Drittel der Gesamtsumme könne für die regionale Entwicklung ausgegeben werden. Im Vordergrund stehen zudem mittelständische Unternehmen, Infrastrukturprojekte und eine Reihe von Bildungsmaßnahmen.

(Quelle: [www.bz.hu](http://www.bz.hu))

---

---

# VERKEHR

## Österreich

### **Airport-Fusion zwischen Wien-Schwechat und Bratislava**

Verhandlungen zwischen Österreich und Slowakei über mögliche Aufgabenteilung laufen

St. Pölten (OTS) - Über intensiviertere Verhandlungen über eine Fusion der Airports Wien-Schwechat und Bratislava berichten die NÖ Nachrichten (NÖN) in der aktuellen Landesausgabe. Der für die Beziehungen zur Slowakei zuständige österreichische EU-Parlamentarier Paul Rübiger (ÖVP) fordert gegenüber der NÖN die Fusion der beiden Flughäfen zu einem Großflughafen. Rübiger: "Der Flughafen Wien hat den Nachteil, dass er durch seine Stadtnähe immer stärker zum Umweltproblem wird. Der Flughafen Bratislava hat dagegen mit starken finanziellen Problemen zu kämpfen. Ein Zusammenschluss wäre daher für beide Seiten von Vorteil."

Eine gemeinsame Gesellschaft soll beide Flughäfen übernehmen und einer sinnvollen Aufgabenteilung unterziehen. Rübiger schlägt vor, Bratislava zur Drehscheibe für alle Flüge Richtung Osten werden zu lassen. Auf die geplante dritte Startpiste in Schwechat will Rübiger verzichten: Die Mittel sollten besser gleich in Bratislava investiert werden. Als Verbindung zwischen den beiden Flughäfen schlägt der EU-Parlamentarier - zugleich auch Präsident des Europäischen Wirtschaftsbundes - eine Trans-Rapid-Strecke vor: Die EU würde dafür Mittel bereitstellen.

Niederösterreichs Landeshauptmann Erwin Pröll bestätigt laut NÖN die Verhandlungen über eine Kooperation: "Ministerpräsident Mikulas Dzurinda ist an einer Kooperation sehr interessiert, er hat das Thema zur Chefsache erklärt." Wiens Bürgermeister Michael Häupl steht laut NÖN zu den Kooperationsplänen, er pocht aber auf die Arbeitsplätze in Schwechat: "Das Wachstum unseres Flughafens darf sich durch die Kooperation nicht verlangsamen." Flughafen- Aufsichtsrats-Chef Johannes Coreth und Flughafen-Vorstand Kurt Waniek bestätigen die Verhandlungen ebenfalls: "Bratislava wird Wien - Schwechat nicht aussaugen - es ist genug für alle da."

(Quelle: OTS Presseausendung, 8. Okt. 2001)

### **Wirtschaft fordert Ausbau der Verkehrswege zu den östlichen Nachbarstaaten**

Regler: Bei 70 Mrd. Schilling kraftfahrerspezifischen Steuern und Abgaben werden nur 29 Mrd. Für Straßenbau und Straßenerhaltung ausgegeben

Wien (PWK632) - Bei einer Enquete "Verkehrsinfrastruktur im zusammenwachsenden Europa" am Dienstag in der Wirtschaftskammer Österreich forderte der Leiter der Abteilung für Verkehrspolitik, Roderich Regler, den Ausbau der Verkehrsinfrastrukturverbindungen zwischen Österreich und den EU-Beitrittskandidaten Tschechien, Ungarn und Slowenien.

Das Handelsvolumen in Tonnen ist in den Jahren 1991 bis 1999 zwischen Österreich einerseits und Tschechien und der andererseits um rund 200 %, mit um 50 % und mit Slowenien um 30 % gestiegen. Eine von Wilfried Puwein vom WIFO erstellte Studie errechnet weitere hohe Zuwächse sowohl im Personen- als auch im Güterverkehr bis zum Jahr 2015. "Dieser Verkehrsanstieg basiert auf dem Wirtschaftswachstum bei den EU-Beitrittskandidaten, wobei es nahezu keine Rolle spielt, ob diese Staaten Mitglied der Europäischen Union werden oder nicht," betont Roderich Regler. Die starke Investitionstätigkeit österreichischer Firmen in Tochterunternehmungen in unseren Nachbarländern verstärkte laufend die wirtschaftliche Verflechtung.

"Die erforderliche Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur betrifft alle Verkehrsträger," unterstreicht Regler. Die Wirtschaft benötigt sowohl bessere Straßen als auch leistungsfähige Eisenbahnen zu unseren Nachbarn. Ferner müssen auch die Donau zur sicheren Verkehrsachse und der Flughafen Wien-Schwechat als Drehkreuz zu den Reformländern ausgebaut werden. "Eine Verkehrslawine ist dennoch nicht zu erwarten, da die Verkehrsbeziehungen, gemessen am Verkehr mit Deutschland und Italien, bisher noch verhältnismäßig bescheiden sind."

An die Politik richtet Regler die Forderung, mehr Geld für den Infrastrukturausbau zur Verfügung zu stellen: "Im Jahr 2001 sind an kraftfahrerspezifischen Einnahmen (Mineralölsteuer, Normverbrauchsabgabe, motorbezogene Versicherungssteuer, Kraftfahrzeugsteuer, Straßenbenützungsabgabe, Mauten und Vignetten) 70 Mrd. Schilling budgetiert. An straßenspezifischen Ausgaben sind aber für die Bundesstraßen A, S und B, an ASFINAG-Zinsen und an Ertragsanteilen der Länder und Gemeinden für die Landes- und Gemeindestraßen nur 29 Mrd. Schilling vorgesehen. Der Beitrag der Kraftfahrer zum allgemeinen Budget beträgt somit 41 Mrd. Schilling", rechnet Roderich Regler vor und begründete damit die Forderung, dass für die Infrastruktur ein wesentlicher höherer Anteil zur Verfügung gestellt werden müsse.  
(Quelle: OTS Presseausendung, 11. Sept. 2001)

### **Forstinger: Regionalkonferenz mit Verkehrsministern der EU-Beitrittskandidaten** Großräumige Verknüpfung transeuropäischer Korridore

Wien (OTS) - "Ich fordere eine großräumige Verknüpfung der transeuropäischen Korridore über die EU-Grenzen hinaus", so Verkehrsministerin Monika Forstinger heute, Freitag, im Rahmen einer Pressekonferenz anschließend an eine Regionalkonferenz, zu der sie ihre Ressortkollegen aus Polen, Tschechien, Ungarn, der Slowakei und Slowenien eingeladen hat. "Die Integration der Beitrittswerber sei nur möglich, wenn das Verkehrsnetz entsprechend ausgebaut wird", betonte Forstinger. Sie setze auf Zusammenarbeit. Ziel der Regionalkonferenz sei es, verbindliche Aussagen über einzelne Projekte zu erhalten und danach die Planungen aufeinander abzustimmen.

Die überwiegend zweispurigen Straßenverbindungen Linz - Budweis - Prag (B310), Wien - Brünn - Prag - Warschau (A5), Wien - Bratislava (B 307), die erst diese Regierung vor einem Jahr für das TEN-Netz angemeldet hat, sind dringend auszubauen. Dazu kommen die wichtigen Verbindungen von Wien nach Győr und Budapest, von Wien nach Sopron, Budapest und Győr sowie von Graz nach Szombathely und Budapest sowie Graz - Marburg - Zagreb/Laibach - Adria Häfen sowie Klagenfurt/Villach nach Laibach. Den bislang stärksten Verkehr auf Straße und Schiene weist die Verbindung Wien - Győr - Budapest auf. Die bestehende Infrastruktur (TEN bzw. Paneuropäischer Korridor IV mit durchgehender Autobahn und zweigleisigem Schienenausbau) ist weitgehend ausreichend.

"Die Ergebnisse der Regionalkonferenz mit den Verkehrsministern unserer Nachbarstaaten sollen auch in den österreichischen Generalverkehrsplan einfließen, der bis Jahresende vorliegen wird", stellte Forstinger fest. Allerdings machte sie deutlich, dass es aus finanziellen Gründen nicht möglich sei, alle Projekte sofort umzusetzen: "Wir müssen deshalb nach Einsparungspotentialen suchen und uns fragen, ob es billigere Lösungen gibt und ob verkehrswirksame Vorstufen möglich sind." Andererseits sei eine Integration der Beitrittsländer ohne entsprechende Infrastrukturanbindung undenkbar.

Für Österreich gehe es darum, den Standort zu sichern, zugleich aber den notwendigen Ausbau umwelt- und sozialverträglich zu gestalten. Das bedeutet für sie, dass es so weit als möglich eine Verlagerung auf die Schiene geben müsse. Dies sei aber nur möglich, wenn attraktive Verladestellen und Terminals gebaut werden sowie der Betrieb in puncto Angebotsdichte, Pünktlichkeit und Komfort so gestaltet wird, dass die Schiene gegenüber der Straße im Wettbewerb bestehen kann.

Die Europäische Union habe sich bereits dafür ausgesprochen, die Grenzregionen massiv zu fördern. "Aus diesem Titel werden wir auch massive finanzielle Unterstützung für Österreich lukrieren. Ähnlich wie Brüssel bei der infrastrukturellen Integration die neuen deutschen Bundesländer unterstützt hat, soll das auch bei den neuen Beitrittswerbern der Fall sein. Dabei erwarten wir uns erhebliche finanzielle Mittel, weil wir die Hauptlast der Infrastrukturanbindung zu tragen haben", so Forstinger.

Die Paneuropäische Verkehrsministerkonferenz hat 1994 in Kreta und 1997 in Helsinki die paneuropäischen Korridore festgelegt. Der TINA-Prozess (Transport Infrastructure Needs Assessment), der inhaltlich auf den Paneuropäischen Korridoren ("backbone network") aufbaut, wurde von der EU initiiert und geleitet. Von 1995 bis 1999 wurden die Infrastrukturnetze auf die Länder östlich und südlich der EU in die Überlegungen eingebunden.

Eingehend erläuterte Forstinger die Arbeiten am Generalverkehrsplan: Im Expertenrat, dem auch von allen Bundesländern Vertreter angehören, wurden in den letzten fünf Monaten die grundlegenden Auswahl- und Reihungskriterien für die Korridore festgelegt. Die vier Hauptkriterien sind: räumliche Integration, Verkehrswirksamkeit und Leistungsfähigkeit (Auslastung, Fahrzeit), Verkehrssicherheit und Umweltverträglichkeit sowie Kosten und Finanzierbarkeit. Es geht also darum, Knotenregionen in

ein hochrangiges Korridornetzwerk einzubinden, um Erreichbarkeit und Standortqualität zu sichern, Anrainer und Umwelt nachhaltig zu schützen sowie die Flüssigkeit des Verkehrs und die Fahrzeiten zu verbessern. Bei den Kosten wurde auch die gesamtwirtschaftliche Rentabilität sowie die Finanzierbarkeit ins Kalkül gezogen.

Nach diesen Kriterien wurden die Korridore festgelegt und aus verkehrsstrategischer Sicht des Bundes (auch in Hinblick auf die EU-Erweiterung) gereiht. Hauptkorridore, so Forstinger, sind: Donau, Süd, Brenner, Pyhrn-Schober, Tauern und Arlberg. Als Knotenregionen, zwischen denen die Hauptverkehrsadern pulsieren, wurden Wien, Linz/Wels, Graz, Salzburg, Klagenfurt/Villach, Innsbruck und Feldkirch/Bregenz definiert. Überregionale Verbindungen, die strategisch wichtig sind, aber außerhalb der Hauptkorridore liegen, sind Wien-Sopron, Graz-Szombathely sowie Feldkirch/Bregenz - München/Ulm.

(Quelle: OTS Presseaussendung 7. Sept. 2001)

## **Slowakei**

### **Brücke zwischen Sturovo und Esztergom nach 50 Jahren wieder eröffnet**

Aufgrund des Abkommens zwischen den Regierungen Ungarns und der Slowakei wurde zwischen dem ungarischen Esztergom und dem slowakischen Sturovo ein neuer Grenzübergang eröffnet. Es handelt sich dabei um die nach über 50 Jahren wieder aufgebaute Donau-Brücke „Marie-Valerie“. An der feierlichen Eröffnung nahmen u.a. die Premiers beider Länder, Mikulas Dzurinda und Viktor Orban, sowie der EU-Kommissar für die Erweiterung, Günther Verheugen teil.

Das Projekt wurde nach Worten des slowakischen Verkehrsministers Jozef Macejko überwiegend aus EU Mitteln finanziert, die dafür 10 Millionen Euro zur Verfügung stellte. Die Slowakei und Ungarn haben gemeinsam mit 1,6 Millionen Euro beigetragen. Das Zollamt wurde an der slowakischen Seite der Donau errichtet.

(Quelle: www.slovakradio.sk , 11.Okt 2001)

## **Ungarn**

### **Bis 2015 sind 2150 Kilometer neue Schnellstraßen geplant**

In den kommenden 15 Jahren will Ungarn seine Verkehrsinfrastruktur - sowohl auf der Straße als auch Schiene und Wasserweg - modernisieren und damit EU-konform machen. Wie der ungarische Verkehrsminister János Fónagy vor Botschaftern der EU-Staaten betonte, soll die Entwicklung des Schnellstraßen- und Schienennetzes, sowie der Flugplätze und Häfen dynamisch vorangetrieben werden. Bis 2015 sollen die ungarischen Abschnitte der gesamteuropäischen Verkehrskorridore voll ausgebaut sein.

Wie der Verkehrsminister ausführte, wird ein Verkehrsnetz gebaut, welches sicherstellt, daß keine Gemeinde weiter als 30 Minuten von der nächsten Autobahn oder Schnellstraße entfernt ist. Bis 2007 sollen 1200 km, von 2007 bis 2015 dann 950 km Schnellverkehrsstraßen gebaut werden. Bis 2015 sollen die Straßen in allen ungarischen Städten und Gemeinden eine feste Decke erhalten und das Schienensystem für den Anschluß an das europäische Hochgeschwindigkeitszug-Netz modernisiert werden. Verschiedene Donauhäfen werden ausgebaut, der Budapester Flughafen Ferihegy soll erweitert und mit einer Schnellverbindung zum hauptstädtischen Westbahnhof komplettiert werden. Bis 2015 soll auch die Autobahn Ring M0 um Budapest fertiggestellt sein.

(Quelle: www.bz.hu, 24.09.2001)

### **Siemens erhält Auftrag über 15 Hochleistungslokomotiven aus Ungarn**

Der Siemenssparte Transportation Systems hat einen Auftrag zum Bau von 15 Hochleistungslokomotiven im Wert von 46 Mio. Euro (90 Mio DM) in Ungarn erhalten. TS wird dabei an die Ungarische Staatsbahn MÁV zehn und an den Privatbetreiber Győr-Sopron-Ebenfurti-Vasút

(GySEV) fünf Elektrolokomotiven liefern. Die Fahrzeuge werden im Münchner Werk gefertigt und zwischen Juni 2002 und Dezember 2002 ausgeliefert.

Der Siemensbereich zählt nach eigenen Angaben zu den international führenden Anbietern der Bahnindustrie

(Quelle: www.bz.hu, 13. 09. 01)

### **Ungarn lässt EU Milliarden liegen**

Ohne öffentliche Ausschreibungen keine EU-Straßenbau-Förderung

Ungarn muss auf EU-Fördermilliarden für den Straßenbau wegen mangelhafter Vergabepraktiken verzichten. Exverkehrsminister Károly Lotz kritisierte am Wochenende in der Tageszeitung Nepszava, dass die Regierung unter Ministerpräsident Viktor Orbán keine öffentlichen Ausschreibungen für den Autobahnbau getätigt habe.

Doch Gelder des ISPA-Fonds der EU werden nur dann vergeben, wenn vor der Auftragserteilung vorschriftsmäßige Wettbewerbsverhandlungen (Tender-Verfahren) stattfinden. Der ISPA-Fonds existiert bis 2006 und soll den EU-Kandidaten bei der Finanzierung von Verkehrs- und Umweltinvestitionen helfen. Während Polen im Vorjahr 150 Millionen Euro (2,064 Mrd. S) erhielt, ging Ungarn, das jährlich in den Genuss von 100 Mio. EURO gelangen könnte, laut Medienberichten leer aus.

EU-Gelder wurden ursprünglich für die Fortsetzung der Bauarbeiten an der M3 (83,5 Mio. Euro) und die Rekonstruktion der M7 (57,7 Mio. Euro) beantragt, bisher jedoch nicht genehmigt. Da Brüssel auf der Auftragsvergabe nur nach Ausschreibung von Wettbewerbsverhandlungen bestand, zog der damals amtierende Verkehrsminister Kálmán Katona die Förderanträge für den Autobahnbau zurück. Anträge auf Fördergelder wurden lediglich für die Entwicklung des Schienennetzes beantragt, wo keine Wettbewerbsausschreibungen vorgeschrieben werden.

Der Jahresbericht der EU hatte im Vorjahr beanstandet, dass die ungarischen Behörden die Verhandlungspartner aus einem engen Kreis von Unternehmen auswählen. Dies würde auf einen Mangel an Transparenz verweisen und den Eindruck von Korruption erwecken. (APA, (Quelle: www.derstandard.at, 13.08.2001)

### **Gelder für Verkehrsinvestitionen**

Die Regierung hat zugestimmt, dass das Verkehrsministerium in diesem und im kommenden Jahr fast 5 Mrd. Ft für Eisenbahninvestitionen umgruppiert. Im Rahmen des ISPA-2000-Programmes stellt auch die Europäische Union Gelder für Eisenbahnentwicklungen zur Verfügung. (Quelle: www.bz.hu)



---

# UMWELT

## Österreich

### **Länderübergreifendes Projekt zur Luftreinhaltung**

Sobotka: Zusammenarbeit bei Umweltschutz besonders wichtig

St.Pölten (NLK) - Ein wichtiges und derzeit einmaliges Projekt im Zuge der internationalen Zusammenarbeit zwischen Tschechien, der Slowakei, Ungarn sowie Niederösterreich, Wien und dem Burgenland ist das INTERREG-Projekt "Schritte und Strategien zur Verbesserung der Umwelt durch transnationale Kooperation und Netzwerkbildung".

Erstes Ergebnis dieser Basis für wichtige Umweltschutz- und Energieprojekte in diesem Raum ist die Einrichtung einer Internetseite "[www.air-ce.org](http://www.air-ce.org)". Schwerpunkt dieser Website ist die Bereitstellung aktueller Daten über den Zustand der Luft, die Luftverschmutzung sowie der Wetterdaten der Messstationen aus dem gesamten Projektgebiet.

"Die internationale Zusammenarbeit ist gerade im Umweltschutz besonders wichtig. Projekte wie dieses unterstützen den länderübergreifenden Gedanken des Umweltschutzes und helfen den Reformländern beim Aufholprozess. Zusätzlich können auch wir in Niederösterreich wichtige Informationen über den Zustand unserer Luft gewinnen", betont dazu Umwelt-Landesrat Mag. Wolfgang Sobotka.

Neben der tabellarischen Auflistung der Daten sind Grafiken mit den zeitlichen Verläufen und Vergleichen der aktuellen Schadstoffkonzentrationen auf der neuen Homepage dargestellt.

Allgemeine Informationen über die Messnetze der Länder sowie über die Schadstoffe und Grenzwerte runden das Bild ab.

"Diese Internetseite ermöglicht nicht nur eine Zusammenschau von Luftdaten aus Mitteleuropa und einen Blick in die Schadstoffwerte der Nachbarländer, sondern ist auch Ausdruck des Willens, im Umweltschutzbereich zusammenzuarbeiten", freut sich Sobotka.

Die Website soll zukünftig ausgebaut und als Plattform für weitergehende Umweltinformationen über Aktivitäten und Erkenntnisse der beteiligten Länder dienen. Zur Zeit findet bis einschließlich heute, 12. Oktober, ein sogenannter Ringversuch zu Vergleichsmessungen in der SCS in Wiener Neudorf statt. Messstationen aus allen Teilnehmerstaaten vergleichen dabei zwei Tage lang die Messungen von Giftstoffen und Ozon in der Luft. Durch diese Parallelmessungen können die Datenqualität und die internationale Vergleichbarkeit von Messdaten dokumentiert bzw. die Messanlagen aufeinander abgestimmt werden.

(Quelle: OTS Presseausendung, 12. Okt. 2001)

### **In Hainburg wird Nationalpark-Station errichtet**

Pröll: Projekt wurde von Experten abgesegnet

St. Pölten (OTS) - In Hainburg, am Eckpunkt des Nationalparks Donauauen, entsteht die erste große Nationalparkstation. Dafür auserkoren wurde der "Wasserturm", ein achteckiger Wehrturm aus dem 13. Jahrhundert, direkt an der Donaulände gelegen. Mit dem Spatenstich durch Landeshauptmann Dr. Erwin Pröll und im Beisein von Landeshauptmannstellvertreterin Heidemaria Onodi erfolgte heute der Startschuß für den Ausbau des Bauwerks zur Informationsstelle mit Aussichtswarte inkl. eines Ausstellungsbereiches. Das architektonische Konzept des international bekannten Architekten Coop Himmelblau sieht den Zubau einer Brücke und einer "gläsernen Stadtmauer" vor und bietet somit trotz der Enge des Turms und der geringen Grundstücksfläche einer größeren Anzahl von Besuchern Platz. Für Landeshauptmann Pröll ist die Errichtung des Besucherzentrums die logische Fortsetzung einer Entwicklung, die mit der Gründung des Nationalparks Donauauen im Jahr 1996 eingeleitet wurde, nämlich der Natur zu Ihrem Recht zu verhelfen und für kommende Generationen zu bewahren. Pröll bekannte sich auch zur breiten und lebendigen Diskussion über dieses Bauwerk, das in der Hainburger Bevölkerung nicht nur Zustimmung findet. Architektonische Gestaltung sei zu einem guten Teil immer auch eine Frage des Geschmacks. Tatsache sei, so Pröll, daß dieses Projekt von Experten und einer Jury unter dem Vorsitz des international renommierten Architekten, Prof. Hans Hollein,

abgesegnet wurde. Nun habe die Politik die Aufgabe, diese Vorstellungen zu realisieren. Er, Pröll, sieht es aber als eine ganz wichtige Aufgabe, auch jene zu Wort kommen zu lassen, die sich mit diesem Projekt nicht anfreunden können.

Mit dem Wasserturm Hainburg soll ab 2003 eine wesentliche Attraktion für den Nationalpark Donauauen entstehen. Gleichzeitig erwartet man sich von dieser Einrichtung einen wichtigen Impuls für die touristische Entwicklung der Stadt und ihrer Umgebung.

(Quelle: OTS Aussendung, 3. Sept. 2001)

### **Österreich, Tschechien und Slowakei wollen March und Thaya gemeinsam schützen**

23.000 Hektar in den March-Thaya-Auen sollen zu grenzüberschreitendem "Feuchtgebiet internationaler Bedeutung" erklärt werden

Wien/Zidlochovice (OTS) - Die March-Thaya-Auen in Österreich, Tschechien und der Slowakei sollen zu einem gemeinsamen, länderübergreifenden Schutzgebiet gemäß dem weltweiten Ramsar-Abkommen zur Erhaltung von Feuchtgebieten erklärt werden. Das haben Vertreter der Umweltministerien der drei Staaten heute, Donnerstag, auf Schloss Zidlochovice in Tschechien durch die Unterzeichnung eines entsprechenden Übereinkommens vereinbart. Die internationale Ramsar-Konvention wurde übrigens heuer vor 30 Jahren unterzeichnet.

In den drei Staaten existiert schon jeweils ein Ramsar-Gebiet in den March-Thaya-Auen. Die österreichischen Flächen umfassen 130 Quadratkilometer, die slowakischen und tschechischen jeweils 50. Nun sollen die drei aneinander grenzenden Gebiete zu einem länderübergreifenden Ramsar-Gebiet vereint werden.

Das heute unterzeichnete Abkommen der drei Staaten hält die gemeinsamen Ziele zur Erhaltung der Auenlandschaft fest. Geplant sind unter anderem die Zusammenarbeit bei Naturschutzprojekten, gemeinsame Richtlinien für die Betreuung des Gebiets und Einrichtungen zur Information der Besucher.

Das künftige länderübergreifende Ramsar-Gebiet beginnt im Süden beim Zusammenfluss von Donau und March bei Hainburg/Pressburg und erstreckt sich auf österreichischer Seite in nördlicher Richtung über Angern und Hohenau bis Bernhardsthal. In der Slowakei reicht es etwa bis Hodonin, in Tschechien bis in die Region um Poherlice und Mikulov.

Die Ramsar-Konvention, die am 2. Februar 1971 in Ramsar (Iran) unterzeichnet wurde, dient dem Schutz und der Erhaltung von international bedeutsamen Feuchtgebieten. Dem Abkommen unterliegen weltweit 1.080 Fluss-, See-, Moor- und Aulandschaften, zehn davon in Österreich. Ein elftes Gebiet, die steirisch-südburgenländischen Lafnitz-Auen, dürfte noch heuer nominiert werden.

Die 1.080 Gebiete umfassen insgesamt eine Fläche von rund 790.000 Quadratkilometern. 650 Ramsar-Gebiete liegen in Europa. Erst zwei davon erstrecken sich auf drei Staaten: Eines haben Deutschland, die Niederlande und Dänemark am Wattenmeer bei Wilhelmshaven eingerichtet, das zweite liegt an den Prespa-Seen im Dreiländereck von Griechenland, Albanien und Mazedonien.

In ihrem Bestand gefährdete Ramsar-Gebiete werden in der so genannten "Montreux-Liste" geführt, die derzeit 59 Objekte umfasst. Eines dieser gefährdeten Gebiete sind auch die March-Thaya-Auen.

(Quelle: OTS Presseaussendung, 30. Aug. 2001)

### **Tschechisch-NÖ Energie-Diskussion in Waidhofen an der Thaya**

Sobotka zu Temelin: „Es wird aneinander vorbei geredet!“

Unter dem Titel „Kulturelle Vielfalt – europäische Einheit: der unbekannte Nachbar Tschechien“ fand am Dienstag in Waidhofen an der Thaya ein Annäherungsversuch zum Thema Energie statt. Auch über das am meisten umstrittene Kapitel in der österreichisch-tschechischen Nachbarschaft wurde unter Teilnahme österreichischer und tschechischer Experten diskutiert: „Sämtliche grenznahe Atomkraftwerke bereiten uns Niederösterreichern große Sorgen. Temelin im speziellen, weil es in einer Zeit gebaut und in Betrieb gesetzt wird, in der einige Länder bereits den Ausstieg aus der Atomkraft durchführen“, so Umwelt-Landesrat Mag. Wolfgang Sobotka.

„Zudem sei es äußerst bedauerlich, dass das Verhältnis zum tschechischen Nachbarn getrübt wird. Es müsse ein Weg gefunden werden, dass man wieder mehr miteinander redet und nicht aneinander vorbei“, meinte Sobotka weiter.

„Die Diskussion in Waidhofen zeigte die Problematik auf, wie aneinander vorbei geredet wird. Spezifisch technische Fragen sollten im Kreis von Experten behandelt werden“, gibt Anti-

Atomkoordinator Fritz Rauter seine Eindrücke der Diskussion wieder. In ähnlicher Weise Mag. Cech, Vertreter der tschechischen Botschaft in Wien: „Zu viele Fragen wurden verschieden beantwortet.“

Ing. Tyc, Betriebsleiter von Temelin und Obmann der „Südböhmischen Väter“ stellte den aktuellen Stand des Reaktorblocks I in Temelin dar: Die Reaktorleistung betrage zur Zeit 55 Prozent, die Turbinenleistung 490 MW. Die Reparatur der Turbine sei erfolgreich gewesen, die Vibrationen bewegen sich auf der Hälfte der zulässigen Höhe.

„Die Endlagerung ist nach wie vor ein ungelöstes Problem, auch wenn man hofft, abgebrannte Brennstäbe in Zukunft wiederverwenden zu können. Der kommerzielle Betrieb von Temelin ist für den 1. Jänner 2003 vorgesehen“, so der NÖ Anti-Atom-Koordinator Rauter abschließend.

(Quelle: 30. August 2001 – NLK)

## **NÖ-weite Umfrage zum Thema Umweltschutz**

Sobotka: Ergebnisse sind ein Ansporn

St.Pölten (NLK) - Mit dem Thema Umweltschutz beschäftigte sich eine niederösterreichweite Umfrage des Gallup-Institutes, die heute von Umwelt-Landesrat Mag. Wolfgang Sobotka vorgestellt wurde. Die Ergebnisse sind bemerkenswert. So ist für 49 Prozent bzw. 37 Prozent von insgesamt 1.000 Befragten das Thema Umweltschutz ein sehr wichtiges bzw. wichtiges persönliches Anliegen. Immer mehr wird die Bedeutung des Umweltschutzes auch als politisches Thema in Zukunft erkannt, nämlich von 23 Prozent. Auf die Frage, was für den Einzelnen Umweltschutz bedeutet, wurden an erster Stelle Mülltrennung (31 Prozent) genannt, gefolgt von Natur schützen (15 Prozent) und Müll vermeiden (13 Prozent). Zudem erkennen immer mehr, dass jeder Einzelne einen Beitrag zum Umweltschutz leisten kann. Bei der Bekanntheit der Umweltprojekte des Landes liegt der Schwerpunkt Klimabündnis mit 14 Prozent an der Spitze, es folgen die Nationalparke Donau-Auen und Thayatal sowie Natur im Garten. Auch die Umweltinitiative "Sei g'scheid - vermeid" wird immer bekannter.

Für Sobotka leisten derartige Umfragen einen wichtigen Beitrag, den Erfolg der Umwelt-Aktionen des Landes zu überprüfen und die Befindlichkeit der Bevölkerung zu diesen Themen zu überprüfen. Die Ergebnisse dieser Umfrage seien durchaus zufriedenstellend. Auch sei es mit den Umweltschutz-Aktionen des Landes gelungen, verstärkt die Eigenverantwortlichkeit anzusprechen und die Bevölkerung zu sensibilisieren. Aufbauend auf das Verständnis der Bevölkerung und den laufenden Aktionen müsse man nun darangehen, die derzeitigen Umwelt-Initiativen weiter voranzutreiben und durch neue zu ergänzen. Sobotka: "Wir wollen nun schrittweise auch den Verkehr verstärkt ökologisieren, auch wenn hier die großen Würfe sicher nicht möglich sind." Das könne durch viele kleine Schritte, Maßnahmen und regionale und innerstädtische Initiativen erfolgen. Ein entsprechendes Maßnahmen-Paket soll im September dieses Jahres vorgestellt werden, kündigte Sobotka an. Zudem will er verstärkt Industrie und Gewerbe für die Klimabündnis-Initiative gewinnen und ein weiteres Steigen der Müllberge verhindern.

(Quelle: OTS Presseausendung, 29. Aug. 2001)

## **Nationalpark Thayatal auf Erfolgskurs**

Onodi und Plank zur internationalen Anerkennung

St. Pölten (OTS) - Angesichts der bevorstehenden Überreichung des Dekrets zur internationalen Anerkennung als Nationalpark am 18. August in Hardegg zogen heute Landeshauptmannstellvertreterin Heidemarie Onodi und Landesrat DI Josef Plank in Wien eine Zwischenbilanz über die ersten zweieinhalb Jahre des Nationalparks Thayatal.

Onodi erinnerte daran, dass die entsprechende Verordnung auf Landesebene seit 1. Jänner 2000 in Kraft sei. Das nunmehrige Dekret der Weltnaturschutzunion (IUCN) sei Anerkennung der bisherigen wertvollen Arbeit, die in Niederösterreich im Naturschutz geleistet werde. Primäres Ziel im Nationalpark sei der Schutz der Natur, die sich hier in einem eigenständigen Wechselspiel entfalten könne. So gebe es statt Jagd nur noch Wildstandsregulierungen, keine wirtschaftlichen Wiesenutzungen und eine Rückführung in heimische Waldbestände. Daneben müsse aber auch die Chance zur Belebung der Region ergriffen und Verständnis für die Natur innerhalb eines menschlichen Erholungsraumes entwickelt werden.

Plank nannte die internationale Anerkennung eine Auszeichnung für das Engagement und die hohe Professionalität der Nationalparkverwaltung. In der internationalen Zusammenarbeit mit Tschechien

sei man auf einem guten Weg, noch zu regeln seien aber etwa Fragen der Fischerei und der Wildstandsregelung. Angesichts der Mängel an Infrastruktur und Nächtigungskapazitäten gelte es, den Nationalpark in Richtung sanften Tourismus und regionale Wirtschaft weiterzuentwickeln. Die bisherige konsequente Umsetzung der Nationalpark-Idee, eine schützenswerte Landschaft der Öffentlichkeit in sinnvollem Ausmaß zugänglich zu machen, lasse aber für die Zukunft kräftige Impulse für die Region erwarten.

Nationalparkdirektor DI Robert Brunner, der mit einem Budget von acht Millionen Schilling pro Jahr die 1.330 Hektar des österreichischen Anteils verwaltet (insgesamt hat der Nationalpark rund 8.000 Hektar), sagte, bisher seine negativen Auswirkungen durch Besucher festzustellen. Eine erste stichprobenartige Erhebung lasse auf rund 135 Besucher pro Tag schließen.

Mit mehrsprachigen Publikationen, Besuchertafeln etc. setzt er vermehrt auf auswärtige Besucher. Die Zusammenarbeit mit der tschechischen Seite funktioniere gut, so würden etwa gemeinsam nicht standortgerechte Pflanzen wie das Springkraut bekämpft. Mit der internationalen Anerkennung werde das Thayatal auf eine Stufe mit 250 europäischen bzw. weltweit 2.013 Nationalparks gestellt.  
(Quelle: OTS Presseausendung, 26. Juli 2001)

## **Slowakei**

### **Slowakei Mitglied der EEA**

Die Slowakei wurde gemeinsam mit fünf weiteren EU-Kandidatenländern – Bulgarien, Zypern, Lettland, Malta und Slowenien – zum Mitglied der Europäischen Agentur für Umwelt EEA. Darüber informierte die Presseagentur Associated Press, laut welcher der EEA-Beitritt ein wichtiger Schritt bei der Vorbereitung dieser Länder auf den EU-Beitritt sei.  
(Quelle: www.slovakradio.sk, 3. August 2001)

## **Ungarn**

### **Kampf gegen illegale Müllablagerung**

Unter Teilnahme von Umweltminister Béla Turi-Kovács begann letzte Woche eine landesweite Aktion zur Beseitigung wilder Mülldeponien. Die Ergebnisse des Wettbewerbs für örtliche Gemeinschaften werden am 5. Juni, am Welttag des Umweltschutzes, im kommenden Jahr bekanntgegeben. Bei der Aktion gehöre ein jeder zu den Gewinnern, erinnerte der Minister in der einleitenden Pressekonferenz, da im Ergebnis der örtlichen Aktivitäten das ganze Land sauberer werde.  
(Quelle: www.bz.hu, 03. Sept. 2001)

### **Frischer Wind für Ungarns Umwelt**

In den laufenden EU-Beitrittsverhandlungen kann Ungarn das Kapitel Umweltschutz wahrscheinlich schon im Sommer schließen - ein halbes Jahr früher als geplant. Das sei das Resultat der Verhandlungen in Paris in der vergangenen Woche, erklärte Umweltminister Béla Turi-Kovács.  
(Quelle: www.bz.hu)

---

---

# WIRTSCHAFT

## Österreich

### **Österreichs Neuinvestitionen erreichten in Osteuropa im Jahr 2000 Rekordwert**

Neue BMWA-Broschüre "Ausländische Direktinvestitionen in den Transformationsländern im Jahr 2000" skizziert die aktuelle Situation.

Wien (BMWA/OTS) - Wie aus der soeben fertiggestellten Studie "Ausländische Direktinvestitionen in den Transformationsländern im Jahr 2000" des Bundesministeriums für Wirtschaft und Arbeit hervor geht, erreichten im Jahr 2000 die österreichischen Investitionen in diesen Staaten mit 2.045 Millionen USD (2.214 Millionen Euro) einen neuen Rekordwert. Die gesamten ausländischen Direktinvestitionen in die Transformationsländer Osteuropas hatten in diesem Zeitraum ein Volumen in der Rekordhöhe von 31 Milliarden USD (33,6 Milliarden Euro). Dies entspricht einer Steigerung von mehr als 15% gegenüber dem Vorjahr. Der in dieser Region investierte ausländische Kapitalbestand erhöhte sich damit auf rund 158 Milliarden USD (169,8 Milliarden Euro).

Von den österreichischen Direktinvestitionen im Jahr 2000 flossen 938 Millionen USD (1.015,6 Millionen Euro bzw. 46%) in die Tschechische Republik, gefolgt von Polen mit 373 Millionen USD (403,9 Millionen Euro, 18 %), der Slowakei mit 193 Millionen USD (209 Millionen Euro, 9 %) und Slowenien mit 156 Millionen USD (168,9 Millionen Euro, 7,6%).

Der österreichische Kapitalstock in den Oststaaten betrug Ende des Vorjahres 9,5 Milliarden USD (10,2 Milliarden Euro, das sind +33 %), womit Österreich hinter Deutschland, den USA, den Niederlanden und Frankreich fünftgrößter ausländischer Investor in dieser Region war und rund 6 % des ausländischen Kapitalstocks hielt. Österreichs Marktanteil an den Neuinvestitionen lag 2000 bei durchschnittlich 6,5% (1999: 3,6 %).

Die Gesamtstudie kann kostenlos im Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit, Abteilung II/5, Frau Simonek, Tel: 01/711 00-6156, Fax: 01/712 02 40, E-Mail: post@i15.bmwa.gv.at, angefordert werden. (Quelle: OTS Presseausendung, 18. Sept. 2001)

### **EU-Osterweiterung: Diskrepanz zwischen tatsächlicher und öffentlicher Meinung**

Wien (OTS) - Die Beurteilung der Folgen der EU-Osterweiterung seitens der österreichischen Führungskräfte zeigt eine deutliche Diskrepanz zwischen "Sein" und dem "Schein" der öffentlichen Meinung auf: Während nur 43 Prozent der befragten Manager der Ansicht sind, Arbeitskräftemigration und -zuzug sei tatsächlich ein sehr bzw. eher relevanter Aspekt der EU-Osterweiterung, meinen hingegen 86 Prozent, für die öffentliche Meinung habe dieses Thema große Relevanz. Dies geht aus dem jüngsten Managermonitoring des Wirtschaftsforums der Führungskräfte (WdF), der Triconsult und des Wirtschaftsmagazins "Gewinn" hervor (381 teilnehmende Führungskräfte; Befragungszeitraum Juli/August 01).

Ähnliche Unterschiede sind auch bei den Themen "Kriminalitäts-Import" - 57 Prozent halten diesen Aspekt tatsächlich für relevant, 86 Prozent für die öffentliche Meinung - und "Steuererhöhungen in Österreich zur Finanzierung der EU-Erweiterung" - 36 Prozent tatsächlich, 69 Prozent für die öffentliche Meinung - zu beobachten. Ziemlich einheitlich ist das Bild jedoch bei der Beurteilung des Transit- bzw. Verkehrsaufkommens: Für 85 Prozent der Führungskräfte ist dieser Aspekt der EU-Osterweiterung tatsächlich von Bedeutung, für 83 Prozent für die öffentliche Meinung.

Was die Verwendung der EU-Finzen betrifft, würde eine großer Teil der österreichischen Manager andere Prioritäten setzen als dies derzeit in der EU der Fall ist: So sprechen sich fast zwei Drittel (63 Prozent) der Befragten dafür aus, die Aufwendungen für die Agrarpolitik zu Gunsten anderer Bereiche zu senken. Hinsichtlich ihrer Vorbereitungen zur Euro-Umstellung gaben 56 Prozent der Führungskräfte an, diese seien in ihren Unternehmen bereits erfolgt, bei 37 Prozent werde gerade daran gearbeitet und drei Prozent haben die Umstellungsvorarbeiten für später geplant. Nicht sehr optimistisch fällt die Einschätzung des aktuellen Konjunkturklimas aus: 47 Prozent der heimischen Führungskräfte orten derzeit eine fallende Konjunktur, 48 Prozent halten sie für gleichbleibend und nur

vier Prozent spüren konjunkturellen Aufwind.  
(Quelle: OTS Presseaussendung, 30. Aug. 2001)

### **Ungarn wichtigster Partner**

Im vergangenen Jahr hat Österreich Waren im Wert von 11,46 Milliarden Euro (158 Milliarden S) in die Staaten von Mittel- und Osteuropa geliefert. Mit Abstand wichtigster Partner war dabei Ungarn, wohin Waren im Wert von 3,5 Milliarden Euro exportiert wurden.  
(Quelle: /www.oon.at , 23. August 2001)

## **Tschechien**

### **Telekom investiert in Osteuropa**

Die Telekom Austria baut ihre Aktivitäten in Osteuropa aus. Die erste Ausbaustufe einer Datenleitung über Brünn nach Prag wurde bereits eröffnet. Mit dem neuen Glasfaseranschluß soll vor allem die Aktivität für Österreichische Unternehmen mit Tschechien-Engagement gesteigert werden.

Bis Anfang 2002 plant die Telekom weiters einen Datenring von Wien über Preßburg nach Budapest und zurück.

(Quelle: ORF Teletext)

## **Slowakei**

### **Slowakei präsentiert ambitionierten EU-Beitrittszeitplan und positive Wirtschaftsdaten**

Vizepremierminister für Integration und wirtschaftliche Angelegenheiten im Club IW

Wien (PWK621) - Mit ambitionierten Beitrittsverhandlungsergebnissen und positiven Wirtschaftsdaten warteten die Vizepremierministerin für Europäische Integration Maria Kadlecikova und der Vizepremierminister für wirtschaftliche Angelegenheiten Ivan Miklos gestern Abend im Club IW in der Wirtschaftskammer Österreich auf. "Die Slowakei präsentiert sich als Nummer 1-Kandidat für die EU-Erweiterung und ist für Österreich ein wichtiger Partner", erklärte IW-Präsident Walter Wolfersberger bei seiner Begrüßung. "Mit Stand 31.5.2001 hat die Slowakei bereits fast 40 Prozent der Gesetze harmonisiert, dh von 5.436 sind 1.952 fertig", berichtet Maria Kadlecikova.

Während der schwedischen Präsidentschaft wurden so wichtige Kapitel wie der freie Verkehr von Kapital, Personen, Gütern und Dienstleistungen, Wirtschafts- und Währungsunion, Telekommunikation und Informationstechnologie abgeschlossen. Fünf bis sieben Kapitel sind während der belgischen Präsidentschaft vorgesehen wie Wettbewerbspolitik, Verkehrspolitik, Steuern, Energie, Finanzkontrolle und Umwelt. "Für 2002 wird unsere ganze administrative Kapazität notwendig sein, um 1.096 Gesetze anzupassen in den sensiblen Bereichen wie Umwelt, Landwirtschaft, Energie und Steuern", erklärte die Vizepremierministerin für Integration. Darüber hinaus sei vorgesehen, 2006 und 2008 zwei Bohunice-Einheiten zu schließen. 6 Mio Euro seien im EU-Budget für Projekte vorgesehen wie Neuplanung des Wasserweges Chorvatske rameno oder die Abwasseraufbereitung für die Städte an der March, die gerade für Österreich von Interesse sind.

Nach den Ausführungen von Vizepremierminister Ivan Miklos, zuständig für wirtschaftliche Angelegenheiten, weist die Slowakei beeindruckende Wirtschaftsdaten auf. "Für die Slowakei, die 59 Prozent ihrer Exporte und 49 Prozent der Importe mit Ländern der Europäischen Union abwickelt, wird der EU-Beitritt zum Muss so wie es für Österreich der Fall war", deponiert Miklos das ehrgeizige Beitrittsziel der Slowakei. "Bei den Auslandsinvestitionen gemessen am Kapitalaufwand liegen wir derzeit nach Tschechien an 2. Stelle, erwarten aber 2001 an erster Stelle zu sein", so Miklos.

"Ebenso erfreulich präsentiert sich die bilaterale Entwicklung", erklärt der Slowakei-Referent Franz Erhart. Die österreichischen Exporte verzeichneten in den ersten Monaten einen Zuwachs von mehr als 20 Prozent, wobei sich vor allem die Warenstruktur in Richtung Maschinen und Fahrzeuge und Halbfabrikate entwickelt. "Die österreichischen Direktinvestitionen - Österreich ist neben Deutschland

der wichtigste Investor in der Slowakei - werden dank des verbesserten Investitionsklimas auch heuer wieder zulegen, wobei vor allem die Errichtung von seitens der Regierung geförderten Industrieparks Investitionen "auf der grünen Wiese" ankurbeln werden", ist Erhart überzeugt.

Einen wesentlichen Stellenwert werden Investitionen im Umweltbereich einnehmen, die durch EU-Förderungen unterstützt werden. Hier hat das mit vier österreichischen Umweltclustern im vorigen Jahr von der AH-Stelle veranstaltete Seminar wesentlich zur intensiven Marktbearbeitung durch die geschaffenen Kontakte zu slowakischen Behörden und Firmen beigetragen.

(Quelle: OTS Presseausendung, 6. Sept. 2001)

### **Siemens in der Slowakei der Korruption verdächtig**

Die Firmen des deutschen Konzerns Siemens, die sich in der Slowakei an Staatsaufträgen beteiligen, sind der Korruption verdächtig. Die Staatsanwältin der Generalstaatsanwaltschaft Eva Misikova teilte den Medien mit, dass ein Vertreter der Firma Siemens 1, 5 Millionen SK Bestechungsgeld dem Vorsitzenden der Tender-Kommission für die Realisierung des Projektes der Staatskasse Daniel Ferjancek angeboten haben soll.

(Quelle: www.slovakradio.sk, August 2001)

## **Ungarn**

### **Ung. Strommarkt soll ab 2003 liberalisiert werden**

Wirtschaftsminister György Matolcsy hat bekanntgegeben, dass die Regierung ab 2003 den Strommarkt für ein Drittel der Akteure öffnen wird. Die Großverbraucher können dann bis zu 50 Prozent ihres Bedarfs aus Importen decken.

(Quelle: www.bz.hu, 24.09.2001)

### **General Electric eröffnet neues Gasturbinen-Werk in Ungarn**

Die General Electric Co., der weltgrößte Konzern nach Marktkapitalisierung, hat am Freitag ein neues Gasturbinen-Werk in Ungarn eröffnet, womit sich die Gesamtinvestitionen in diesem Land auf über 1 Mrd. Dollar summieren.

In das Werk investiert der Mischkonzern 100 Mio. Dollar. John Rice, President von GE Power Systems, zufolge rechnet man mit dem Eintritt in die Gewinnzone innerhalb der nächsten eineinhalb bis zwei Jahre.

Die Aktie von General Electric, die Anfang September noch bei über 40 Dollar notierte und nach den Terroranschlägen am 12. September drastisch abgestürzt ist, verliert vorbörslich aktuell 6,16 Prozent auf 28,50 Dollar. Damit wurde die Marke von 30 Dollar zum ersten Mal seit Ende 1998 wieder unterschritten.

(Quelle: www.bz.hu, 21. 09.2001)

### **Logistik - Bruhn und Papp gründen Joint Venture in Ungarn**

Die Hamburger Bruhn Internationale Transporte GmbH und die Balth. Papp Internationale Lebensmittellogistik KG aus München sind ein Joint Venture in Ungarn eingegangen. Durch die neu gegründete Papp-Bruhn Hungary Kft werde eine flächendeckende Belieferung des ganzen Landes möglich, so die Unternehmen. Beide Firmen sind mit je 42,5 Prozent an der Gesellschaft beteiligt. Die restlichen Anteile hält der geschäftsführende Gesellschafter Csaba Farkasinszky. Sitz des Unternehmens ist Budaörs an der Autobahn M1 nahe Budapest. Die seit Jahren bestehende ungarische Tochterfirma von Bruhn ist in die neue Firma integriert worden.

(Quelle: www.welt.de, 12. Sept. 2001)

### **Philips lagert Bau von Videorekordern aus**

Der niederländische Elektronikkonzern Philips beendet die eigene Produktion von Videorekordern. Die Massenfertigung für den europäischen Markt werde an den weltweit führenden Hersteller Funai Electric Company in Japan übertragen, teilte das Unternehmen mit. Begründet wurde der Schritt mit der Verlangsamung des Wachstumstempos im weltweiten Elektronikmarkt. Philips will sich künftig auf Marketing und Verkauf der Rekorder konzentrieren. "Für den Kunden ändert sich also nichts", sagte ein Philips-Sprecher zu der Umstrukturierung.

Als Folge der Neuordnung werden bei der bisherigen Videorekorderfertigung von Philips in Wien bis Mitte nächsten Jahres 850 Arbeitsplätze gestrichen. Diese Zahl sei Teil des bereits früher angekündigten Verlustes von 1200 Arbeitsplätzen in Wien, hieß es. Weitere 150 mit der Videorekorderfertigung verbundene Arbeitsplätze sollen bei der Philips-Niederlassung in Ungarn wegfallen.

Derzeit stellt Philips Videorekorder in Wien und Ungarn her. Die Produktion von Kombigeräten (Fernseher und Videorekorder in einem Gehäuse) soll in Ungarn fortgesetzt werden. Dort will Philips auch unverändert weiter im Bereich der Video-CD-Technologie (DVD) tätig bleiben.

Ziel von Philips ist es, bei Videorekordern eine Position unter den drei weltweit führenden Anbietern zu verteidigen. Wegen der Schwierigkeiten vor allem in der Halbleiterproduktion rechnet der Konzern für 2001 mit einem Verlust.

(Quelle: [www.abendblatt.de](http://www.abendblatt.de) , 17. August 2001)

### **Sony beginnt DVD- Produktion in Ungarn**

Der CE Gigant Sony möchte als letzter der japanischen Elektrokonzerne versuchen, auf dem europäischen Markt DVD Player zu etablieren.

dazu habe man bereits ein Werk in Ungarn errichtet, das am Mittwoch seine Tätigkeit aufgenommen hat. Monatlich sollen hier 50.000 DVD- Player produziert werden.

Insgesamt strebt Sony auf dem DVD- Markt einen Marktanteil von 25 % an. Im kommenden Geschäftsjahr soll der Markt für DVD Player weltweit um 65 % auf 28 Mio. Stück wachsen.

(Quelle: [www.bz.hu](http://www.bz.hu), 11. Juli 2001)

### **Dänemark öffnet Arbeitsmarkt für Ungarn sofort**

Dänemark will seinen Arbeitsmarkt sofort für Bürger neu aufgenommener EU-Länder öffnen. Damit ist Dänemark nach Schweden und den Niederlanden das dritte EU-Land, in dem die vor allem von Deutschland und Österreich gewünschten Übergangsfristen von in der Regel fünf Jahren nicht angewandt werden sollen. Außenminister Mogens Lykketoft begründete den Schritt damit, dass in seinem Land wegen der geographischen Lage kein Ansturm von Arbeitnehmern aus Ungarn und den übrigen Beitrittsländern zu erwarten sei.

(Quelle: [www.bz.hu](http://www.bz.hu))



---

# Regionalentwicklung

## Österreich

### Wien auf dem Weg zur Europaregion

Wien, (OTS) "Wien will sich ohne Überheblichkeit als Motor einer neuen Europaregion zur Verfügung stellen. Wien wird jenen Städten, mit denen es ja bereits seit langem enge Kooperationen gibt, dieses Modell der europäischen Zusammenarbeit auf städtischer und regionaler Ebene vorschlagen" sagte am Freitag Wiens Stadtrat für Stadtentwicklung und Verkehr DI Rudolf Schicker anlässlich einer Pressekonferenz im Rahmen des Symposiums: "Gemeinsame Strategien für ein gemeinsames Europa - die Verkehrsinfrastruktur".

Wie Schicker weiter ankündigte, werde er dieses Vorhaben bereits beim bevorstehenden informellen Ministerrat in Brüssel am 9. Oktober promoten.

"Mit dem Fall des "Eisernen Vorhangs" sowie der bevorstehenden Erweiterung der EU um die Nachbarstaaten, ergibt sich gerade auch für den Raum Wien - Brno- Bratislava bis Győr und Sopron mit 4 Mio. Einwohnern ein Entwicklungspotenzial von europäischem Maßstab," sagte Schicker

In den letzten Jahren wurde von den Bundesländern Wien, Niederösterreich und Burgenland versucht, über vielfältige Projekte, auch unter Nutzung von EU-Förderungsmitteln, in kleinen Schritten diese Regionsbildung zu fördern. Wien beispielsweise hat diese Entwicklung zusätzlich auch durch konkrete Vereinbarungen über Städtekooperationen, etwa mit Bratislava, dynamisiert. Es geht nun darum, gezielt eine regionale Entwicklungsstrategie im Rahmen eines kooperativen Planungsprozesses der wesentlichen Akteure in diesem Raum zu entwerfen.

"Der Region Bratislava soll das Angebot einer Assoziierung zur PGO gemacht werden" betonte Schicker. Ziel ist es, auf grenzüberschreitender regionaler Ebene den gemeinsamen Wachstumsprozess einzuleiten, der - im Sinne des Europäischen Raumentwicklungskonzeptes - zur Ausbildung einer hochrangigen Zone im europäischen polyzentrischen Regionensystem führt. Dazu soll als Grundlage ein umsetzungsorientiertes Entwicklungskonzept erstellt werden.

Wien unterstützt alle Bemühungen um diese Assoziierung unter Inanspruchnahme von EU-Mitteln (INTERREG III, PHARE). Wien hat sich in der EUROMOVE-Region im Rahmen verschiedener Projekte wie PREPARITY, VITECC, UTN, TECNOMAN oder CCC stark engagiert.

Schicker wörtlich:," Leidenschaftslos bleibt auch im 21. Jahrhundert beim Straßenverkehr niemand. Auch im internationalen Verkehr muss die Devise lauten, so wenig als möglich auf der Straße, weil es die umweltschädlichste Verkehrsart ist - bei allem technologischen Verbesserungspotential. Metropolen - auch kleine - brauchen die Einbettung im hochrangigen Straßennetz in alle Richtungen. Wenn Wien seine Rolle als ein Zentrum im Städtennetzwerk im südlichen Zentraleuropa wahrnehmen soll, müssen die Hauptstädte der Nachbarstaaten via Autobahn erreichbar sein und der Knoten Wien auch umfahren werden können.

Dazu notwendig: Nord-Autobahn, Anschluss Bratislava an die Ostautobahn und die Komplettierung des großräumigen Rings um Wien müssen Realität werden."

Eine wesentliche Rolle in dieser Entwicklung spielt die Lösung der Verkehrsprobleme - in den Städten selbst, aber vor allem auch die verkehrsmäßige Vernetzung untereinander. Visionäre sehen bereits eine neue Region rund um die heutige Außengrenze der EU, die jener "Banane" im Westen Europas um nichts nachstehen soll.

Innerhalb dieses zentraleuropäischen Raumes werden zwischen den Städten, zwischen den Ballungsräumen und Regionen "Verkehrskorridore" ausgebaut. Hochrangige, beschleunigte "Transeuropäische Netze" werden geknüpft. Die Organisation von Mobilität in der Stadt ist ein Aufgabenfeld, das wesentlich dazu beitragen kann und dazu beitragen muss, dass die globalen Zielsetzungen von Klimaschutz, von Ressourcenschonung und Ressourceneffizienz, von nachhaltiger Weiterentwicklung von Umwelt- und Lebensqualität im anhaltenden Verstädterungsprozess umgesetzt werden. Die Sicherstellung von adäquater Mobilität ist aber auch Voraussetzung für die wirtschaftliche Entwicklung der Städte. Gezielte Stadtregionpolitik ist Voraussetzung für intelligente Mobilitätsabwicklung; dazu müssen Institutionen und Instrumente geschaffen werden.

Die Durchsetzung einer konsistenten Stadtregionpolitik kann von den einzelnen Städten allein nicht bewältigt werden, daher sollte eine europäische Initiative gestartet werden. Neben der Verkehrstechnologieentwicklung müssen auch neue Organisationsformen der Mobilitätsabwicklung erprobt und gefördert werden. Die Rahmenbedingungen für alle Formen kombinierter Mobilität, v.a. im Güterverkehr, müssen verbessert werden.

Ein "Masterplan Verkehr" für Wien soll eine Reihe von Festlegungen und Orientierungen zum Verkehr in und um Wien treffen. Einerseits soll er die Position Wiens gegenüber übergeordneten Planungen, Rechtssetzungen und Investitionen festlegen, andererseits soll er die Kooperation in der Region Wien auf dem Gebiet des Verkehrs strukturieren und für die Stadt selbst die Rolle eines überarbeiteten Verkehrskonzepts 1994 einnehmen.

### **Knoten Kompetenz**

Als Kernstadt der bevölkerungsreichsten und wirtschaftlich bedeutendsten Region Österreichs, als Bundeshauptstadt und als einer der bedeutendsten Metropolen in der - künftig erweiterten - Europäischen Union kommt Wien in den regionalen, nationalen und europäischen Verkehrsnetzen eine wichtige Knotenfunktion zu.

Zur nachhaltigen Stärkung der Wirtschaftskraft aber auch zur Absicherung der hohen Lebens- und Umweltqualität der Region Wien bedarf es einer umfassenden Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur in diesem Knoten.

Der Attraktivierung der Eisenbahn als umweltfreundlicher Verkehrsträger kommt dabei besondere Bedeutung zu. Aber auch im hochrangigen Straßennetz muss Vorsorge für eine effiziente und stadtverträgliche Abwicklung insbesondere des regionalen Binnenverkehrs und des grenzüberschreitenden Transitverkehrs getroffen werden.

### **Transeuropäische Transporte**

Schicker: "Wien hat sich im Bezug auf europäische Verkehrsplanungen bereits seit Jahren anerkannte Kompetenz erworben: Mit dem TINA-Büro der Europäischen Kommission in Wien wurden die planerischen Voraussetzungen für die Transeuropäischen Netze zur Anbindung der Beitrittskandidatenländer an die Verkehrsinfrastruktur der EU geschaffen.

Diese Kompetenz wird Wien weiter nutzen. Das TINA-Büro wird seine Leistungen europaweit anbieten und zudem hat sich die Stadt innerhalb der Stadtverwaltung mit dem TINA Wien-Büro ein Kompetenzzentrum eingerichtet".

In Zusammenarbeit mit dem BOHMANN-Verlag startet heute eine Serie von Fachgesprächen in Bratislava, Brno und Győr, um in dieser Region im südlichen Zentraleuropa Bewusstsein dafür zu schaffen, dass Verkehrsplanungen auch für die Städte selbst nur mehr im europäischen Kontext erfolgreich sein können.

(Quelle: OTS Presseausendung, 5. Okt. 2001)

### **Grenzüberschreitendes Impulszentrum Bruck an der Leitha**

2,7 Millionen Schilling Förderung bewilligt

St.Pölten (NLK) - Im Zuge der Schaffung Grenzüberschreitender Impulszentren (GIZ) zur Vorbereitung grenznaher Regionen auf den EU-Beitritt der Nachbarländer hat die NÖ Landesregierung zuletzt im Umlaufwege auch Fördermittel für die Errichtung eines GIZ Bruck an der Leitha, zuständig für die Region Bruck an der Leitha - Győr - Bratislava, bewilligt.

Diese Fördermittel betragen in Summe 2.716.895 Schilling (197.444 Euro) und setzen sich aus 1.125.000 Schilling (81.757 Euro) Regionalförderung und 1.591.894 Schilling (115.687 Euro) EU-Fördermittel über die Gemeinschaftsinitiative INTERREG IIIA/Niederösterreich - Ungarn zusammen. Insgesamt belaufen sich die Kosten dieses als EURO FIT Projekt geführten Vorhabens auf 3.183.789 Schilling (231.375 Euro).

In dem bis Juni 2004 zu errichtenden GIZ Bruck an der Leitha sollen zum einen die Bevölkerung für die Chancen der Osterweiterung sensibilisiert und zum anderen grenzüberschreitende wirtschaftsnahe Aktivitäten im Grenzraum aktiviert, unterstützt und gefördert werden. Auch die Vertiefung der Ostkompetenz der im Raum Bruck an der Leitha bereits vorhandenen regionalen Organisationen, der weitere Aufbau wirtschaftlicher Strukturen und die Schaffung von Entwicklungsimpulsen für die gesamte Region sind Ziele des Projekts.

Neben den Vorbereitungsarbeiten zur Eröffnung des GIZ Bruck an der Leitha vorgesehen sind u.a. Aufbau und Abstimmung grenzüberschreitender Kooperationen und Veranstaltungen im kulturellen, touristischen und wirtschaftlichen Bereich, die Vertiefung der Partnerbeziehungen in der Slowakei und

in Ungarn, eine Datensammlung, die als Unterlage für Kooperationswünsche der Österreicher, Slowaken und Ungarn herangezogen werden kann, sowie Exkursionen, Seminare und eine GIZ-Zeitung als Beilage zu den offiziellen Gemeindezeitungen.  
(Quelle: OTS Presseaussendung, 17. Aug. 2001)

## **EREG: Eigenständige Regionalentwicklung im Grenzraum**

Abschlusspräsentation und Ausblicke

St.Pölten (NLK) - Im Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur in Wien fand gestern die Abschlusspräsentation von "EREG - Eigenständige Regionalentwicklung im Grenzraum" statt, bei der Bilanz über die geleistete Arbeit gelegt und Ausblicke in die Zukunft getätigt wurden. EREG ist kein von oben verordnetes Konzept, sondern unterstützt und stärkt Eigeninitiativen aus der Region. Es liefert grundlegende Informationen zur Entwicklung im Tourismus, in der Landwirtschaft und der Kulturlandschaft, es zeigt Vorteile durch die Kombination von Einzelprojekten auf und entwickelt Strategien zur Zusammenarbeit.

Die drei EREG-Programme liefen im Zeitraum 1996 - 1998, 1998 - 1999 und 1999 - 2001. Sie wurden vom Land Niederösterreich mit 1,298 Millionen Schilling (94.329,34 Euro), vom Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur mit 886.750 Schilling (64.442,64 Euro) bzw. vom Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft mit 410.750 Schilling (29.850,37 Euro) unterstützt. 50 Prozent der Projektkosten, insgesamt 2.595.500 Schilling (188.622,34 Euro), wurden über die EU-Gemeinschaftsinitiative INTERREG II finanziert.

Mit den in den letzten sechs Jahren aufgewendeten knapp 5 Millionen Schilling (36.336,42 Euro) wurden etwa die grenzüberschreitende EUREGIO Weinviertel - Südmähren – Westslowakei mit rund 80 Organisationen oder der Regionalentwicklungsverein des Weinviertler Dreiländerecks mit 12 Gemeinden rund um Poysdorf realisiert. Im Sommer 2002 wird das Liechtensteinzentrum Schloss Wilfersdorf eröffnet, das als Ausgangspunkt einer Schlösservernetzung in einem möglichen Kulturpark Weinviertel dienen soll.

Das nächste große Projekt ist eine kulturtouristische Kooperation von der Ostsee bis zur Adria zum Thema Bernsteinstraße, als Partner konnten hier etwa die EUREGIO's Pannonia und Friaul gewonnen werden. Im September startet ein neues INTERREG-Programm. Ein Kleinprojektfonds wurde bereits eingerichtet, ein eigenes EUREGIO-Forum widmet sich gemeinsamen Schwerpunkten, Programmen und Zielen.

(Quelle: OTS Presseaussendung, 27. Juli 2001)

## **Ungarn**

### **Ungarische und österreichische Städte wollen kooperieren**

Der Verband der ungarischen Komitats-Hauptstädte und der österreichische Städteverband haben am vergangenen Samstag ein Kooperationsabkommen unterzeichnet. In dem Dokument, das die Verbandsvorsitzenden Károly Szita und Erich Prambeck unterzeichnet haben, verpflichten sich die österreichischen Städte, ihren ungarischen Nachbarn bei der Vorbereitung auf die EU-Mitgliedschaft zu helfen. Prambeck lud die ungarischen Bürgermeister ein, dem kommenden österreichischen Städtetag im Februar beizuwohnen.

(Quelle: www.bz.hu , 8. Okt. 2001)

---

# Tourismus

## Österreich

### **Nationalpark Thayatal bekommt Nationalpark-Zentrum**

NÖ Baugipfel hat Grundsatzbeschluss beschleunigt

St. Pölten (NÖI) - Die NÖ Landesregierung hat in ihrer letzten Sitzung dem Grundsatzbeschluss über die Finanzierung des Nationalpark-Zentrums für den Nationalpark Thayatal zugestimmt. Dieser Beschluss, der nach dem von Landeshauptmann Dr. Erwin Pröll initiierten Baugipfels bereits jetzt gefasst wurde, soll die Konjunktur ankurbeln und eine Realisierung des 44,7 Millionen Schilling Projektes schneller möglich machen. Das repräsentative Nationalpark-Zentrum soll die Besucher entsprechend informieren, als Veranstaltungszentrum fungieren und wird ein weiterer Anziehungspunkt für den Tourismus im Grenzgebiet sein, freut sich LAbg. Marianne Lembacher.

Das Land Niederösterreich stellt für das Nationalpark-Zentrum rund 10 Millionen Schilling zur Verfügung. Als nächste Schritte werden die Beauftragung des Projektmanagements, der Grunderwerb und die bauliche Ausschreibung des Projektes durchgeführt. Besonders Investitionen in die Grenzregionen sind wichtige Vorbereitungsmaßnahmen auf die EU-Erweiterung. Das grenzüberschreitende Projekt des Nationalparkes an der Thaya ist auch ein Beispiel für das Funktionieren einer immer wichtiger werdenden grenzüberschreitenden Zusammenarbeit von Niederösterreich und seinen Nachbarn, betont Lembacher.

(Quelle: OTS Presseaussendung, 29. Sept. 2001)